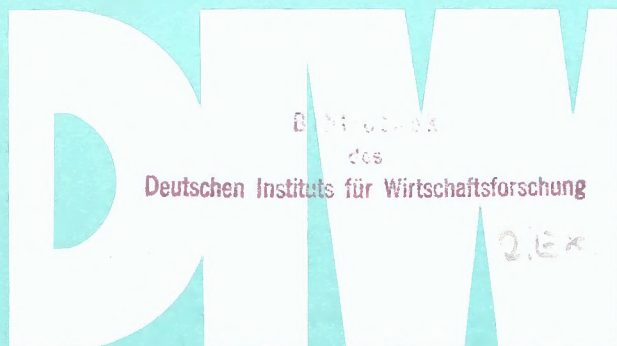




Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1987

Westliche Industrieländer: Nur mäßiges Wirtschaftswachstum

1

Bundesrepublik Deutschland: Zunehmende Risiken

11

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 1-2/87

Berlin

8. Januar 1987

54. Jahrgang

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1987

Westliche Industrieländer: Nur mäßiges Wirtschaftswachstum

Rückblick auf das Jahr 1986

Im Jahre 1986 hat sich in den USA und in Westeuropa die wirtschaftliche Expansion mit mäßigem Tempo fortgesetzt. In Japan und Kanada kam es dagegen zu einer Abschwächung des zuvor überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums. Damit hat sich die Wirtschaft in diesen Ländern, wie zuvor schon die der USA, dem moderaten Wachstumstempo angepaßt, mit dem die Wirtschaft Westeuropas schon längere Zeit expandiert. Die zunächst stärkere Expansion in Nordamerika und Japan hatte es also nicht vermocht, den Wachstumstrend in den westlichen Industrieländern höher gewesen wäre. Ein solches konjunkturelles Wechselspiel blieb vor allem deswegen aus, weil die Wirtschaftspolitik in Westeuropa einen zu restriktiven Kurs verfolgte.

Vielfach wird jedoch die Fortsetzung des Wachstums in allen Industrieländern — wenn auch auf flachem Pfad — als Zeichen der Robustheit der gegenwärtigen konjunkturellen Aufwärtsbewegung angesehen, bei der für die absehbare Zeit keine Rezession zu befürchten sei. Wenn überhaupt, so berechtigt zu dieser Einschätzung aus längerfristiger Sicht eher die Entwicklung in den USA als die in Westeuropa. Als Erfolg kann jedenfalls in den USA verbucht werden, daß es gelang, die Konjunkturabschwächung nach dem stürmischen Aufschwung in den Jahren 1983 und 1984 zu begrenzen und bisher eine Rezession zu vermeiden. Es ist bemerkenswert, daß die amerikanische Wirtschaft gegenwärtig nicht langsamer als die westeuropäische expandiert. Dabei wird in den USA von einer Phase konjunktureller Schwäche gesprochen, in

Westeuropa aber von einer Periode befriedigenden Wachstums.

Die USA erzielten diesen Erfolg, obwohl sie dämpfenden Einflüssen ausgesetzt waren. So benachteiligte der Ölpreyrückgang auch die amerikanischen Ölproduzenten und führte zu einer Abnahme der Ölförderung sowie der Investitionen in diesem Bereich. Der stark gesunkene Dollarkurs begünstigte noch nicht im erwarteten Ausmaß die amerikanische Exportwirtschaft und hatte noch keine fühlbare Umlenkung der Inlandsnachfrage vom Auslands- auf den Inlandsmarkt zur Folge. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die ausländischen Anbieter zunächst erhebliche Preiskonzessionen machten, um die negative Wirkung der Dollarabwertung auf ihre Konkurrenzfähigkeit so gering wie möglich zu halten und Absatzeinbußen zu vermeiden. Der Verzögerungs-(J-Kurven-)Effekt zwischen Dollarkursenkung und Verbesserung der amerikanischen Außenwirtschaftssituation ist deshalb diesmal ungewöhnlich lang.

Wenn trotzdem die amerikanische Wirtschaft im Trend weiter wuchs, so ist das vor allem dem wirtschaftspolitischen Verhalten von Regierung und Federal Reserve Board zu danken. Zwar wird dieses Verhalten von vielen Seiten kritisiert, weil einmal eine zu starke Geldmengenerweiterung hingenommen worden und zum anderen die Konsolidierung des Bundeshaushalts nicht vorangekommen sei. Dabei wird jedoch zu wenig bedacht, daß bei einer restriktiven Geld- und Finanzpolitik die wirtschaftliche Entwicklung sehr viel unbefriedigender gewesen wäre.

Am stärksten wurde der Konjunkturverlauf im letzten Jahr durch die Zunahme des privaten Verbrauchs ge-

**Die Zahlungsbilanzen der einzelnen Wirtschaftsräume
in Mrd. US-\$ zu jeweiligen Wechselkursen**

	1981	1982	1983	1984	1985	1986 ¹⁾	1987 ¹⁾	1981	1982	1983	1984	1985	1986 ¹⁾	1987 ¹⁾
	Vereinigte Staaten von Amerika							Sonstige Industrieländer ²⁾						
Leistungsbilanz	+ 6,4	- 9,1	-46,6	-106,5	-117,7	-135	-110	-16,0	- 7,2	- 4,0	- 0,7	- 4,7	- 8	- 6
Handelsbilanz	-28,0	-36,5	-67,0	-112,5	-124,4	-140	-112	- 0,2	+ 9,2	+12,8	+19,4	+14,2	+ 9,5	+11
Dienstleistungsbilanz	+41,8	+36,3	+29,9	+18,2	+21,7	+20	+18	-14,2	-14,6	-15,0	-18,6	-17,5	-16	-16,5
Übertragungsbilanz	- 7,4	- 8,9	- 9,5	-12,2	-15,0	-15	-16	- 1,6	- 1,8	- 1,8	- 1,5	- 1,4	- 1,5	- 0,5
Kapitalbilanz ⁵⁾	- 9,4	+ 9,4	+40,7	+104,5	+128,9	+125,5	.	+15,0	+13,5	+ 6,2	+ 3,5	+12,1	+ 8	.
Langfrist. Kapitalverkehr	- 0,6	- 7,2	- 1,3	+37,1	+71,0	.	.	- 3,1	+ 2,3	- 3,3	- 4,4	- 5,5	.	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr ⁶⁾	- 8,8	+16,6	+42,0	+67,4	+57,9	.	.	+18,1	+11,2	+ 9,5	+ 7,9	+17,6	.	.
Devisenbilanz	+ 3,0	- 0,3	+ 5,9	+ 2,0	-11,2	+ 9,5	.	+ 1,0	- 6,3	- 2,2	- 2,8	- 7,4	0	.
Währungsreserve ^{7) 8)}	+ 1,4	+ 0,2	+ 4,4	+ 0,2	- 7,3	- 5	.	+ 0,9	- 6,2	- 1,0	- 2,4	- 7,1	0	.
Position b. Weltwährungsfonds ⁹⁾	- 3,7	- 3,5	- 3,8	- 0,8	- 2,1	- 1	.	+ 0,3	+ 0,2	- 0,7	- 0,4	- 0,3	0	.
Devisenverpflichtung gegen- über Währungsbehörden	+ 5,3	+ 3,0	+ 5,3	+ 2,6	- 1,8	+15,5	.	- 0,2	- 0,3	- 0,5	0,0	0,0	0	.
	Japan							Entwicklungsländer ³⁾						
Leistungsbilanz	+ 4,8	+ 6,8	+20,8	+35,0	+49,1	+77	+71,5	-32,0	-74,0	-49,0	-27,0	-18,0	-47	-36
Handelsbilanz	+20,0	+18,1	+31,5	+44,3	+56,0	+82,5	+75	+51,0	+15,0	+27,0	+51,0	+47,0	+13	+22
Dienstleistungsbilanz	-13,6	- 9,9	- 9,1	- 7,8	- 5,2	- 3	- 1	-83,0	-89,0	-76,0	-78,0	-65,0	-60	-58
Übertragungsbilanz	- 1,6	- 1,4	- 1,6	- 1,5	- 1,7	- 2,5	- 2,5	.	.	.	.	.	.	.
Kapitalbilanz ⁵⁾	- 1,4	-11,7	-19,6	-33,3	-48,7	-62	.	+21,2	+62,0	+50,7	+37,5	+26,7	+38	.
Langfrist. Kapitalverkehr	- 6,4	-16,2	-18,7	-50,0	-63,3	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr ⁶⁾	+ 5,0	+ 4,5	- 0,9	+16,7	+14,6	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz	- 3,4	+ 4,9	- 1,2	- 1,7	- 0,4	-15	.	+10,8	+12,0	- 1,7	-10,5	- 8,7	+ 9	.
Währungsreserve ^{7) 8)}	- 3,0	+ 5,6	- 1,2	- 1,8	- 0,1	-14,5	.	+13,5	+11,1	+ 2,5	-10,7	- 7,4	+10	.
Position b. Weltwährungsfonds ⁹⁾	- 0,4	- 0,7	0,0	+ 0,1	- 0,3	- 0,5	.	- 2,7	+ 0,9	- 4,2	+ 0,2	- 1,3	- 1	.
	Bundesrepublik Deutschland							Restsalden ⁴⁾						
Leistungsbilanz	- 5,1	+ 3,9	+ 4,2	+ 6,8	+13,8	+33	+23	+57,3	+102,9	+78,0	+90,6	+72,8	+62	+42
Handelsbilanz	+16,5	+25,0	+21,5	+22,0	+28,7	+53	+39	-21,1	+ 8,9	- 0,5	- 1,7	- 2,0	- 7	-18,5
Dienstleistungsbilanz	-10,8	-10,6	- 7,6	- 4,9	- 4,3	- 7	- 2	+78,4	+94,0	+78,5	+92,3	+74,8	+69	+60,5
Übertragungsbilanz	-10,8	-10,5	- 9,7	-10,3	-10,6	-13	-14	.	.	.	.	.	.	.
Kapitalbilanz ⁵⁾	+ 3,9	- 3,0	- 5,7	- 8,8	-10,4	-28	.	-59,9	-105,8	-83,2	-88,7	-69,0	-63	.
Langfrist. Kapitalverkehr	+ 3,3	- 6,3	- 3,0	- 5,3	- 2,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr ⁶⁾	+ 0,6	+ 3,3	- 2,7	- 3,5	- 8,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz	+ 1,2	- 0,9	+ 1,5	+ 2,0	- 3,4	- 5	.	+ 2,6	+ 2,9	+ 5,2	- 1,9	- 3,8	+ 1	.
Währungsreserve ^{7) 8)}	+ 5,2	+ 0,2	+ 2,5	+ 2,5	- 4,4	- 4,5	.	.	.	.	.	.	.	.
Position b. Weltwährungsfonds ⁹⁾	0,0	- 1,0	- 0,3	+ 0,3	- 0,3	- 0,5	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenverpflichtung gegen- über Währungsbehörden	- 4,0	- 0,1	- 0,7	- 0,8	+ 1,3	0	.	.	.	.	.	.	.	.
	EG ohne Bundesrepublik Deutschland													
Leistungsbilanz	-15,4	-23,3	- 3,4	+ 1,8	+ 4,7	+18	+15,5	.	.	.	.	.	.	.
Handelsbilanz	-38,2	-39,7	-25,3	-22,5	-19,5	-11	-16,5	.	.	.	.	.	.	.
Dienstleistungsbilanz	+26,4	+19,7	+24,1	+25,1	+25,9	+29	+29,5	.	.	.	.	.	.	.
Übertragungsbilanz	- 3,6	- 3,3	- 2,2	- 0,8	- 1,7	0	+ 2,5	.	.	.	.	.	.	.
Kapitalbilanz ⁵⁾	- 4,2	+12,2	+12,1	- 8,6	+ 1,5	+ 7,5	.	.	.	.	.	.	.	.
Langfrist. Kapitalverkehr	- 7,3	- 2,0	+ 0,3	-12,5	-11,5	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Kurzfrist. Kapitalverkehr ⁶⁾	+ 3,1	+14,2	+11,8	+ 3,9	+13,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenbilanz	+19,6	+11,1	- 8,7	+ 6,8	- 6,2	-25,5	.	.	.	.	.	.	.	.
Währungsreserve ^{7) 8)}	+23,4	+18,9	- 9,6	- 2,1	- 8,7	-24	.	.	.	.	.	.	.	.
Position b. Weltwährungsfonds ⁹⁾	- 0,7	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,9	- 1	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenverpflichtung gegen- über Währungsbehörden	- 3,1	- 7,9	+ 0,7	+ 9,0	+ 3,4	- 0,5	.	.	.	.	.	.	.	.

1) Geschätzt. — 2) Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Kanada, Australien, Neuseeland, Island, Finnland. — 3) In der Abgrenzung des DIW. Siehe Wochenbericht 51-52/1986. — 4) Restsalden enthalten nicht erfaßte Länder. Vor allem aber ergeben sie sich aus statistischen Asymmetrien, die auch dadurch zustande kommen, daß in den Entwicklungsländern nicht deklarierte Einnahmen im Außenwirtschaftsverkehr und illegal transferiertes Kapital von deren Zahlungsbilanz nicht erfaßt werden. Die Restsalden der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz einerseits und der Kapitalbilanz andererseits gleichen sich in etwa aus. Die Summe der Kapital- und der Devisenbilanzen ergibt in der Tabelle nicht 0, vielmehr entspricht sie der Änderung der nicht gesondert ausgewiesenen Devisenverpflichtungen von Hartwährungsländern. — 5) Nettokapitalexport (-), -import (+). — 6) Einschl. statistischer Diskrepanz. — 7) Gold- und Devisenhaltung der Währungsbehörden. — 8) Bestandszunahme (-), -abnahme (+). — 9) Einschl. Sonderziehungsrechte.

Quellen: International Financial Statistics; Nationalstatistiken; OECD Outlook, 1986.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte ¹⁾ 1985 in vH		Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
	BSP	Ausfuhr der BRD	1985			1986			1987		
			real	nominal	Preise ²⁾	real	nominal	Preise ²⁾	real	nominal	Preise ²⁾
Bundesrepublik Deutschland	8.8		2.5	4.8	2.2	2.5	5.5	3.5	1.5	3.0	1.5
Frankreich	6.8	15.5	1.1	7.1	5.9	2.5	6.5	4.0	2.5	5.5	3.0
Großbritannien	5.3	11.1	3.5	9.6	5.9	2.5	6.0	3.5	2.5	7.5	5.0
Italien	4.7	10.1	2.3	11.3	8.8	2.5	11.0	8.5	3.0	8.0	5.0
Spanien	2.1	2.4	2.0	10.7	8.5	3.0	10.0	7.0	3.0	8.5	5.5
Niederlande	1.7	11.2	1.7	4.2	2.4	1.5	2.0	0.5	2.0	2.0	0.0
Belgien	1.1	8.9	1.5	6.6	5.0	2.0	5.0	3.0	2.0	5.5	3.5
Dänemark	0.8	2.9	3.8	9.5	5.5	2.5	5.0	2.5	1.0	4.0	3.0
Griechenland	0.4	1.3	2.0	22.4	20.0	0.5	19.5	19.0	1.0	15.0	14.0
Portugal	0.2	0.6	2.8	19.2	16.0	2.0	14.0	12.0	2.0	11.0	9.0
Irland	0.2	0.6	2.0	7.1	5.0	2.5	7.5	5.0	2.5	7.5	5.0
EG	32.1		2.3	7.9	5.5	2.4	6.9	4.6	2.2	5.6	3.4
EG ohne BRD	23.3		2.2	9.1	6.7	2.4	7.5	5.0	2.5	6.7	4.1
EG ohne BRD ³⁾		64.6	2.1	8.3	6.1	2.2	6.5	4.3	2.3	5.9	3.6
Schweden	1.2	3.6	2.3	9.2	6.8	2.0	6.5	4.5	2.5	6.0	3.5
Schweiz	1.4	7.0	4.0	6.8	2.7	3.0	6.0	3.0	2.5	5.0	2.5
Österreich	0.9	6.6	3.0	6.3	3.3	2.0	4.5	2.5	2.0	4.5	2.5
Norwegen	0.7	1.6	4.2	10.0	5.5	2.5	6.5	4.0	3.0	6.0	3.0
Europäische Industrieländer	36.3		2.4	7.9	5.4	2.4	6.8	4.5	2.3	5.6	3.4
Europäische Industrieländer ohne BRD	27.5		2.3	8.9	6.4	2.4	7.2	4.8	2.5	6.5	4.0
Europäische Industrieländer ohne BRD ³⁾		83.4	2.3	8.1	5.6	2.3	6.3	4.1	2.3	5.7	3.4
USA	40.8	13.4	2.7	6.2	3.4	2.5	5.0	2.5	2.5	6.0	3.5
Kanada	3.3	1.3	4.5	7.8	3.2	3.0	6.0	3.0	3.0	7.0	4.0
Japan	19.6	1.9	4.5	6.3	1.7	2.5	4.5	2.0	3.0	4.5	1.5
Außereurop. Industrieländer	63.7		3.3	6.3	2.9	2.5	4.9	2.4	2.7	5.6	2.9
Außereurop. Industrieländer ³⁾		16.6	3.0	6.3	3.2	2.5	5.0	2.5	2.6	5.9	3.3
Insgesamt	100.0		3.0	6.9	3.8	2.5	5.6	3.1	2.5	5.6	3.1
Insgesamt ohne BRD	91.2		3.0	7.1	3.9	2.5	5.6	3.1	2.6	5.8	3.2
Insgesamt ohne BRD ³⁾		100.0	2.5	7.8	5.2	2.3	6.1	3.8	2.4	5.8	3.4

1) Auf Dollarbasis. — 2) Deflationierungsfaktor. — 3) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.
Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

stützt. Die Ölpreissenkung hatte auch in den USA einen kaufkraftstärkenden Effekt. Dagegen verlangsamte sich das vordem kräftige Investitionswachstum beträchtlich. Hierin kommt neben dem Rückgang der Investitionen in der Ölindustrie ein Abwarten der Investoren zum Ausdruck, das wohl auch durch die lange Verzögerung des Effekts der Dollarabwertung bedingt ist.

Wenn die moderate Expansion in Westeuropa als robust bezeichnet wird, dann werden mehrere Faktoren, die eher auf eine Labilität der gegenwärtigen Entwicklung hindeuten, außer Betracht gelassen. Nachdem hier die stark expansiven Impulse, die über den Außenwirtschaftszusammenhang von der Entwicklung in den USA ausgingen, weggefallen waren, erhielt die Konjunktur in Westeuropa einen neuen Anstoß durch die Ölpreissenkung. Diese wirkte aber nur wie eine kurzfristige, d.h. vor-

übergehende wirtschaftspolitische Maßnahme den Abschwächungstendenzen entgegen, die wechsellkursbedingt und als Folge der verschlechterten Situation in den Erdölländern von der Außenwirtschaft ausgingen. Während sich die Exportsteigerung in Westeuropa 1986 beträchtlich verlangsamte, nahmen deshalb der private Verbrauch, aber auch die Anlageinvestitionen leicht beschleunigt zu. Wegen des allmählichen Abklingens der von der Ölpreissenkung ausgehenden Impulse und der wechsellkursbedingten Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit Westeuropas, bei der die außenwirtschaftliche Flanke weiterhin bedroht bleibt, kann aber schwerlich davon gesprochen werden, daß sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung gefestigt habe. Ein wichtiger Unterschied zwischen den USA, Japan und Westeuropa besteht auch darin, daß die Regierungen der USA und Ja-

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Gütern und Diensten			Importe		
	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987
Bundesrepublik Deutschland	1.8	4.0	3.0	2.2	2.5	2.0	-0.3	3.5	3.5	7.3	-0.5	0.0	4.7	3.5	4.0
Frankreich	2.4	3.0	2.5	1.3	1.0	1.0	3.4	3.5	3.5	1.9	0.5	2.5	5.3	5.5	4.5
Großbritannien	3.5	4.5	3.5	0.5	1.5	2.0	1.8	2.0	3.0	6.2	1.5	4.0	3.0	6.0	7.0
Italien	1.9	3.0	3.5	2.5	2.5	2.5	4.1	5.0	5.0	8.2	4.5	3.5	9.4	8.0	7.0
Spanien	1.0	2.5	3.0	4.5	3.0	2.0	6.0	7.0	6.0	4.0	3.5	3.0	6.0	4.5	6.0
Niederlande	1.6	2.5	2.5	1.1	0.5	0.0	3.7	4.0	3.5	4.6	3.0	3.5	5.7	4.5	5.0
Belgien	1.5	1.5	1.0	4.5	-1.0	-1.0	2.0	3.5	3.0	3.0	3.5	3.5	3.0	3.5	3.0
Dänemark	4.3	3.0	1.5	1.7	0.5	1.0	14.6	6.0	1.0	3.6	3.0	2.5	7.8	4.0	3.5
Griechenland	2.5	0.5	1.0	3.0	0.5	1.0	3.0	-3.0	0.0	4.0	4.0	2.5	6.0	-2.0	1.0
Portugal	1.0	1.5	1.5	1.0	0.0	0.5	0.0	1.5	1.5	10.0	6.0	4.0	4.0	5.5	5.5
Irland	1.6	2.0	2.0	0.8	0.0	0.0	-0.3	1.5	2.0	6.7	4.0	3.5	2.8	3.5	4.5
EG ¹⁾	2.2	3.3	2.9	1.9	1.7	1.6	2.5	3.7	3.7	5.5	1.7	2.4	5.2	4.9	5.0
EG ohne BRD ¹⁾	2.3	3.1	2.8	1.7	1.4	1.5	3.7	3.8	3.7	4.8	2.6	3.3	5.4	5.4	5.3
Schweden	2.7	2.0	2.5	1.5	1.5	1.0	6.6	1.5	2.5	2.7	4.0	3.5	7.5	3.5	3.5
Schweiz	1.5	3.5	2.5	2.3	1.0	2.0	5.7	4.0	3.5	8.3	4.0	2.5	5.8	4.5	3.5
Österreich	2.4	2.0	2.5	2.1	1.5	1.5	6.0	4.0	4.0	7.1	1.0	0.5	7.1	5.0	3.0
Norwegen	8.2	3.5	2.5	3.4	2.0	3.0	-21.9	5.5	2.5	10.0	2.0	2.5	7.7	4.0	1.0
Europ. Industrieländer ¹⁾	2.3	3.3	2.8	1.9	1.7	1.6	2.4	3.7	3.6	5.7	1.9	2.3	5.4	4.8	4.7
Europ. Industrieländer ohne BRD ¹⁾	2.4	3.1	2.8	1.8	1.4	1.5	3.3	3.8	3.6	5.2	2.7	3.1	5.7	5.2	4.9
USA	3.5	3.0	3.0	6.3	3.0	2.0	8.2	1.0	2.0	-2.0	2.0	7.0	3.8	10.0	1.0
Kanada	5.2	3.0	3.0	2.1	1.0	1.0	7.0	6.0	5.0	4.5	4.0	5.0	6.7	4.5	4.0
Japan	2.7	3.0	3.0	2.6	4.0	3.0	5.4	6.0	5.0	5.9	-5.5	0.0	0.7	4.0	5.0
Außereurop. Industrieländer ¹⁾	3.4	3.0	3.0	5.3	3.0	2.1	7.0	3.3	3.4	2.0	-0.7	3.9	3.2	7.4	2.6
Insgesamt ¹⁾	3.0	3.1	2.9	3.9	2.5	1.9	5.5	3.4	3.4	4.2	0.8	3.0	4.5	5.9	3.9
Insgesamt ohne BRD ¹⁾	3.1	3.0	2.9	4.1	2.5	1.9	6.0	3.4	3.4	3.7	1.1	3.5	4.5	6.3	3.8

¹⁾ Gewichte 1985 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

pans in viel stärkerem Maße als die Regierungen der meisten westeuropäischen Länder dazu bereit sind, die Konjunktur wirtschaftspolitisch zu stützen, wenn die Gefahr eines stärkeren konjunkturellen Einbruchs droht.

In *Großbritannien* hat sich die Regierung zwar in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres zu einer wieder etwas expansiveren Geld- und Finanzpolitik entschlossen, um einer Konjunkturverlangsamung entgegenzuwirken. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um eine grundlegende Änderung des wirtschaftspolitischen Kurses. Vielmehr wird mit den konjunkturstützenden Maßnahmen — einer leicht beschleunigten Zunahme der Staatsausgaben und der monetären Expansion — zunächst nur eine kurzfristige Anregung gegeben.

Ähnlich wie die USA wurde auch Großbritannien von der Ölpreissenkung im Produktionsbereich negativ getroffen. Die Investitionen im Ölsektor gehen stark zurück. Zudem hat sich die Zahlungsbilanzsituation verschlechtert, die Leistungsbilanz wurde im zweiten Halbjahr 1986 erstmals seit Ende der siebziger Jahre defizitär. Überdies

verminderte sich die Zunahme der Staatseinnahmen, und das Staatsdefizit nahm zu. Andererseits stärkte auch in Großbritannien der Ölpreirückgang die Kaufkraft der privaten Haushalte. Nicht nur ihre Nominal-, sondern auch ihre Realeinkommen erhöhten sich relativ kräftig. Der private Verbrauch nahm daraufhin 1986 beschleunigt zu und expandierte stärker als die Anlageinvestitionen. Trotzdem schwächte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion im vergangenen Jahr ab, denn die zunehmende Verbrauchernachfrage wandte sich verstärkt dem Ausland zu, die Importe stiegen beschleunigt.

In *Frankreich* hat sich die wirtschaftliche Entwicklung 1985 zwar belebt; sie verlief 1986 aber immer noch auf viel zu flachem Wachstumspfad. Nach einer vorübergehenden Abschwächung im zweiten Quartal nahm die Industrieproduktion wieder zu, wenn auch weiterhin nur in mäßigem Tempo. Der Anstieg der Verbraucherpreise konnte stärker als erwartet reduziert werden. Er betrug in den letzten Monaten lediglich rd. 2 vH gegenüber dem Vorjahr. Die Dämpfung des Preisauftriebs ist teilweise auf den

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westl. Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾					
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit											
	in Landeswährung												in SZR		
	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	
Bundesrepublik Deutschland	8.8	9.5	-1.0	3.8	5.0	4.0	6.2	6.5	-2.5	1.3	2.5	2.5	-1.1	20.4	
Frankreich	11.6	14.5	8.0	5.7	4.0	4.5	10.3	11.5	5.5	4.5	1.5	2.0	2.6	14.1	
Großbritannien	13.3	2.0	6.5	8.3	7.5	8.0	9.5	-0.5	4.0	4.7	5.0	5.5	2.5	2.8	
Italien	13.6	19.5	10.5	11.1	9.0	7.0	11.0	16.5	7.0	8.6	6.5	4.0	0.9	18.2	
Spanien	12.1	13.0	10.0	8.5	8.0	7.5	9.9	10.0	7.0	6.4	5.0	4.5	1.5	10.7	
Niederlande	7.0	1.0	2.0	2.6	2.5	2.0	5.2	-0.5	0.0	0.9	1.0	0.0	-1.6	18.6	
Belgien	9.7	7.5	10.5	5.0	4.0	3.5	8.1	5.5	8.5	3.5	2.0	1.5	1.7	17.5	
Dänemark	10.0	5.0	4.0	8.0	5.0	4.0	5.9	2.5	3.0	4.0	2.5	3.0	2.6	16.3	
Griechenland	21.8	20.0	15.5	23.0	19.0	15.0	19.5	19.5	14.0	20.6	18.5	14.0	-0.6	1.8	
Portugal	23.0	16.0	11.5	17.0	12.5	11.0	19.6	14.0	9.0	13.8	10.5	9.0	-1.3	9.3	
Irland	17.7	10.0	11.0	5.2	6.5	6.0	15.4	7.5	8.5	3.2	4.0	3.5	2.1	13.3	
EG ³⁾	11.4	10.9	5.8	6.7	6.0	5.5	8.5	6.8	3.0	3.9	3.3	3.0	0.7	15.2	
EG ohne BRD ³⁾	12.4	11.4	8.3	7.8	6.4	6.0	9.4	6.9	5.2	4.9	3.7	3.2	1.4	13.1	
Schweden	12.1	8.0	6.5	8.0	6.5	6.0	9.6	6.0	4.0	5.6	4.5	3.5	2.5	9.5	
Schweiz	8.1	7.0	5.0	6.1	5.5	5.0	3.9	4.0	2.5	2.0	2.5	2.5	-1.5	21.6	
Österreich	8.4	4.0	4.5	6.0	5.0	4.5	5.2	2.0	2.5	3.0	3.0	2.5	0.6	20.9	
Norwegen	3.9	10.0	7.0	11.0	5.5	5.5	-0.4	7.5	4.0	6.5	3.0	2.5	2.1	4.1	
Europäische Industrieländer ³⁾	11.1	10.4	5.8	6.8	6.0	5.5	8.1	6.6	3.0	4.0	3.3	3.0	0.7	15.0	
Europäische Industrieländer ohne BRD ³⁾	11.8	10.7	7.9	7.7	6.3	5.9	8.7	6.6	4.8	4.8	3.6	3.1	1.3	13.3	
USA	4.5	3.5	6.0	6.9	5.5	6.0	1.7	1.0	3.5	4.1	3.0	3.5	5.1	-10.8	
Kanada	7.2	6.5	10.0	7.0	6.0	6.0	2.6	3.5	7.0	2.4	3.0	3.0	-2.0	-12.4	
Japan	12.0	3.0	5.5	4.8	5.0	4.0	7.1	0.5	2.5	0.3	2.5	1.0	0.8	26.4	
Außereurop. Industrieländer ³⁾	7.2	3.5	6.0	6.3	5.4	5.4	3.9	1.3	3.8	2.4	2.8	2.5	2.2	2.6	
Insgesamt ³⁾	8.7	6.1	5.9	6.5	5.6	5.4	6.4	4.5	3.3	3.3	3.1	2.8	1.3	10.2	
Insgesamt ohne BRD ³⁾	8.7	5.8	6.6	6.7	5.6	5.6	6.4	4.1	4.4	3.7	3.2	2.8	1.7	8.3	

¹⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. — ³⁾ Gewichtet mit 1985er Anteilen. Für ¹⁾ und ²⁾: gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.

Quellen: SAEG, volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

Rückgang der Ölpreise zurückzuführen. Sie ist aber auch Folge einer sehr zurückhaltenden Lohnpolitik. So betrugen die Lohnsteigerungen im letzten Jahr weniger als 4 vH und schwächten sich im Jahresverlauf ab. Der Anstieg der Lohnstückkosten lag deutlich unter dem Durchschnitt der Industrieländer.

Im Jahre 1986 wurde die Konjunktur von der Binnennachfrage getragen. Die Kaufkraft der privaten Haushalte hat sich — ebenso wie die Unternehmenserträge — relativ günstig entwickelt. Hierzu trugen die niedrigen Preissteigerungen, die Rückzahlung der Zwangsanleihe von 1983 zu Beginn dieses Jahres und die lineare Senkung der direkten Steuern für die Arbeitnehmer und Unternehmen um 3 vH-Punkte bei. Der private Verbrauch nahm daher trotz des relativ schwachen Lohnanstiegs spürbar zu, jedoch schwächte sich die Expansion im zweiten Halbjahr schon ab. Auch die Investitionstätigkeit war rege.

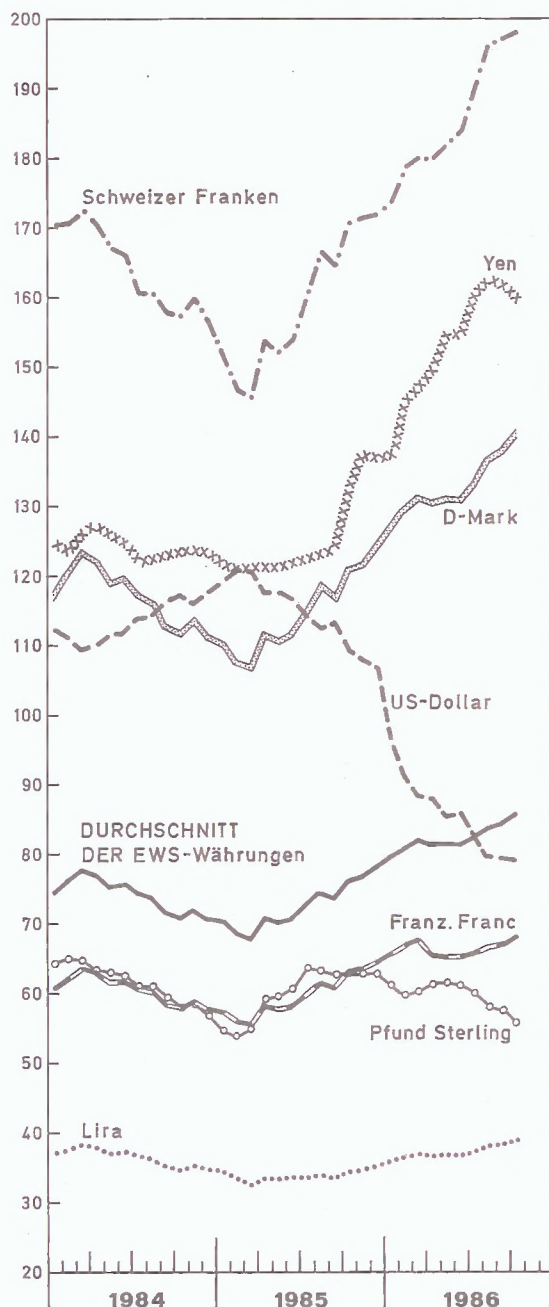
Allerdings war der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen geringer, als es bei der guten Entwicklung der Erträge und des Absatzes zu erwarten gewesen wäre.

Die Entwicklung im außenwirtschaftlichen Bereich war dagegen unbefriedigend. Die Exporte nahmen kaum noch zu. Zwar gelang es, das Handelsbilanzdefizit zu reduzieren, jedoch war dies zu einem erheblichen Teil Folge der verbilligten Erdöleinfuhren. Real stiegen die Importe insgesamt wiederum erheblich. Bei einer zunehmend positiven Dienstleistungsbilanz hat sich die Leistungsbilanz verbessert.

Das reale Bruttosozialprodukt expandierte 1986 mit knapp 2,5 vH. Bei positiver — wenngleich schwacher — Produktivitätsentwicklung und weiter zunehmender Erwerbsbevölkerung reichte dies freilich nicht aus, die Arbeitsmarktlage zu verbessern.

BEWEGUNG DER KURSE AUSGEWÄHLTER WÄHRUNGEN GEGENÜBER SZR¹⁾

Februar 1973 = 100



¹⁾ Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds.

DIW 87

Auch in *Italien* nahm das Bruttosozialprodukt um etwa 2,5 vH zu. Von der Wirtschaftspolitik gingen eher restriktive Impulse aus. Die Notenbank hat den monetären Rahmen allmählich verengt. Im Verlauf des Jahres 1986

gelang es, die Inflation von ursprünglich zweistelligen Raten auf gegenwärtig etwa 5 vH zu senken. Dieser Erfolg ist aber auch auf den Ölpreiskrückgang zurückzuführen, obwohl Verbilligungen beim Benzin und anderen Erdölderivaten durch Steuererhöhungen zum Teil kompensiert wurden. Dem Staat gelang es, das Budgetdefizit vor allem durch einnahmensteigernde Maßnahmen (bessere Steuererfassung, Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen u.a.m.) etwas zu verringern. Das Defizit blieb aber 1986 mit rd. 12,5 vH des Bruttosozialprodukts — gegenüber 14 vH im Vorjahr — noch sehr hoch.

Trotz der leicht restriktiven Wirtschaftspolitik nahm das Bruttosozialprodukt etwa im gleichen Tempo wie in den übrigen westeuropäischen Ländern zu. Dabei expandierten der private Verbrauch schwächer, die Bruttoanlageinvestitionen und die Exporte stärker als in den übrigen Ländern. Obwohl auch die italienische Wirtschaft im Preiswettbewerb durch die Liraaufwertung beeinträchtigt wurde, ist es Italien offensichtlich gelungen, sich im Qualitätswettbewerb soweit zu behaupten, daß die Exporte stärker zunahmen als bei den meisten Handelspartnern. Nach einem Defizit im Jahre 1985 war die Leistungsbilanz 1986 wieder aktiv, auch als Folge der verbesserten Terms of Trade. Die wirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahr zeigt somit, daß die vielfach sehr pessimistischen Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Möglichkeiten der italienischen Wirtschaft und insbesondere hinsichtlich einer Rückführung des Staatsdefizits ohne die Inkaufnahme einer Stabilisierungskrise unbegründet waren.

Die kleineren westeuropäischen Länder expandierten 1986 im Durchschnitt mit dem gleichen Tempo wie die größeren Länder. Der Preisauftrieb ging überall spürbar zurück. Auch in den meisten kleineren Ländern verbesserte sich die Leistungsbilanz. Die Exporte haben in diesen Ländern allerdings stärker zugenommen; denn sie profitierten mehr vom innereuropäischen Handel. Für die Mehrzahl der Länder brachte der Ölpreiskrückgang reale Einkommensimpulse mit sich und stimulierte den privaten Verbrauch. In Norwegen und den Niederlanden als ölexportierenden bzw. von Energieexporten abhängigen Ländern führte er zu Gewinneinbußen und in Norwegen auch zu einer erheblichen Verschlechterung der Leistungsbilanz. Vor allem in den Ländern, in denen der private Verbrauch überdurchschnittlich expandierte, nahm auch die Investitionstätigkeit stärker zu. Ebenso wie in den großen Ländern hat sich die Einkommensverteilung weiter zugunsten der Unternehmen verschoben.

Im Gegensatz zu Westeuropa sah sich in *Japan* die Regierung veranlaßt, rasch und entschieden auf die restriktiven außenwirtschaftlichen Einflüsse geld- und finanzpolitisch zu reagieren. Denn die Aufwertung des Yen hat in der wirtschaftlichen Entwicklung Japans 1986 deutliche Spuren hinterlassen. Sie führte zu einem Rückgang des Exportvolumens, der kräftiger ausfiel, als zunächst erwartet worden war. Zugleich hat die Importnachfrage zugenommen, so daß der Exportüberschuß in realer Rech-

nung gegenüber dem Rekordergebnis von 1985 merklich zurückgegangen ist. Gleichwohl blieb auch 1986 ein hohes außenwirtschaftliches Ungleichgewicht bestehen, da aufwertungsbedingt die Exporterlöse trotz des volumenmäßigen Rückgangs noch stiegen, die Importe sich auch wegen des Ölpreisverfalls erheblich verbilligten. Der Exporteinbruch schwächte die Expansionskraft der japanischen Wirtschaft auch dadurch, daß sich die exportorientierten Wirtschaftszweige zu Investitionseinschränkungen veranlaßt sahen. Darüber hinaus kam es zur Freisetzung von Arbeitskräften, und Meldungen vom Abbau übertariflicher Einkommensbestandteile sowie der Kürzung bei Jahresgratifikationen sprechen dafür, daß sich im zweiten Halbjahr letzten Jahres die Lohn- und Gehaltsentwicklung abgeschwächt hat. Damit verlangsamte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion merklich.

Daß es dennoch nicht zu einer Rezession gekommen ist, läßt sich einmal darauf zurückführen, daß die private Konsumnachfrage stetig zunahm, zumal die Dämpfung des Anstiegs der Verbraucherpreise die Kaufkraft gestärkt hat. Außerdem blieb die Investitionsnachfrage in den weniger exportabhängigen Wirtschaftszweigen, insbesondere im Dienstleistungsbereich, und in den technologieintensiven Bereichen lebhaft.

Nicht zuletzt aber trug der Staat dazu bei, daß sich die binnenwirtschaftliche Nachfrage stärker belebte. Nachdem zunächst staatliche Konsum- und Investitionsausgaben in die erste Hälfte des Haushaltsjahres vorgezogen worden waren, wurde im Herbst ein Konjunkturprogramm beschlossen, mit dem der Wirtschaft weitere Impulse gegeben werden sollen. Die Schwerpunkte des Programms liegen bei zusätzlichen öffentlichen Investitionen des Zentralstaats, der Gemeinden und des japanischen Amtes für den Schnellstraßenbau sowie bei Ausgaben zur Förderung des privaten Wohnungsbaus; ein kleinerer Teil soll die Investitionstätigkeit der privaten Wirtschaft stärken. Auch wenn das Programm nicht, wie ursprünglich geplant, im projektierten Umfang von rd. 1 vH des Brutto-sozialprodukts im laufenden Haushaltsjahr durchgeführt werden dürfte und es — wie häufig bei zusätzlichen Ausgabenprogrammen der Fall — an anderer Stelle der öffentlichen Haushalte zu Kürzungen kommen sollte, so daß der Nettoimpuls geringer ausfällt, ist die konjunkturstützende Wirkung der japanischen Finanzpolitik unübersehbar: Erstmals seit vielen Jahren expandierten die öffentlichen Investitionsausgaben 1986 wieder, und zwar recht kräftig; auch der öffentliche Konsum hat überdurchschnittlich zugenommen. Das bemerkenswerte Wachstum der Wohnungsbauinvestitionen dürfte im wesentlichen ebenfalls auf die finanzpolitischen Impulse zurückzuführen sein.

Die Geldpolitik wirkte sich bei niedrigen Zinsen und einer reichlichen Geldmengenversorgung nicht allein auf die Wohnungsbauinvestitionen positiv aus. In Abstimmung mit der US-amerikanischen Notenbank wurde auch eine Stabilisierung des Yen-Dollar-Kurses erreicht.

Probleme der Wirtschaftspolitik zu Beginn des Jahres 1987

Die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung hängt entscheidend vom wirtschaftspolitischen Kurs ab, den die einzelnen Regierungen verfolgen. Dabei ist von besonderer Bedeutung, ob es gelingen wird, die Wirtschaftspolitik international besser zu koordinieren als in der Vergangenheit. Eine wichtige Aufgabe besteht in diesem Jahr darin, die hohen Passiv- und Aktivsalden im Außenwirtschaftsverkehr der Länder untereinander zu verringern und gleichzeitig einen Einbruch der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu verhindern. Eine Lösung dieser Aufgabe wäre kaum möglich, wenn die Wirtschaft in den Überschußländern erheblich schwächer als in den Defizitländern expandierte. Bei einer wirtschaftspolitischen Koordination müßten sich deshalb die Regierungen darauf verständigen, daß in den Überschußländern eher ein expansiverer, zumindest aber kein restriktiverer Kurs verfolgt wird als in den Defizitländern.

Käme eine solche wirtschaftspolitische Abstimmung nicht zustande, so hätte das Auswirkungen auf die künftige Wechselkursentwicklung. Ein weiteres Fallen des Dollarkurses und eine sich fortsetzende Aufwertung der meisten anderen Hartwährungen wäre dann wahrscheinlich. Dadurch würde die amerikanische Wettbewerbsposition gestärkt und die Position der übrigen Industrieländer geschwächt. Die Exportentwicklung würde in diesen Ländern noch mehr als bisher beeinträchtigt, und es käme hier zu einer stärkeren Konjunkturabschwächung. Da diese Gefahr bei unkoordinierter Wirtschaftspolitik droht, wird vermutlich das Interesse an einer wirtschaftspolitischen Koordination bei den Regierungen der westeuropäischen Länder zunehmen.

Die USA befinden sich gegenwärtig in der besseren Position. Eine weitere Dollarabwertung muß sie weniger schrecken als die übrigen Industrieländer. Zwar erhöhte sich bei einem nochmaligen Sinken des Dollarkurses in den USA die Gefahr einer Inflationsbeschleunigung, jedoch wirkte die Dollarkurssenkung, die die amerikanische Konkurrenzposition weiter verbesserte, konjunkturstützend, während sie in den anderen Industrieländern die Konjunktur dämpfte. Gleichwohl sind die USA — schon wegen der erhöhten Inflationsgefahren — daran interessiert, daß sich das wirtschaftliche Wachstum in Japan und Westeuropa wieder verstärkt und sich die Wechselkursentwicklung weniger erratisch als bisher gestaltet. Sie selbst wären dann zu keiner unerwünscht restriktiven Politik gezwungen.

Angesichts der bisher starken Geldmengenexpansion und des hohen Staatsdefizits wird jedoch immer wieder die Auffassung vertreten, eine gesunde, d.h. weitgehend inflationsfreie Entwicklung wäre auf längere Sicht ohne eine energischere Konsolidierungspolitik und eine stär-

kere Begrenzung des monetären Inflationspotentials nicht möglich. Zu wenig werden dabei aber die konjunkturdämpfenden Wirkungen einer scharfen Restriktionspolitik bedacht. Andererseits werden der gegenwärtig betriebenen Geld- und Finanzpolitik Wirkungen zugesprochen, die sie nicht hat. Eine relativ starke Geldmengenausweitung beschwört keine nennenswerte Inflationsgefahr herauf, wenn mit ihr eine verstärkte Neigung zur Liquiditätshaltung einhergeht, wie das gegenwärtig der Fall ist. Das Staatsdefizit in den USA erscheint zudem in einem anderen Licht, wenn man es in Beziehung zum Sozialprodukt setzt und erkennt, daß diese Relation 1986 nur wenig über dem Durchschnitt der Industrieländer lag.

Immer wieder wird behauptet, daß eine enge Beziehung zwischen dem Leistungsbilanzdefizit und dem Passivsaldo im Staatshaushalt bestünde. Zwar hat die Gestaltung der Einnahmen-Ausgaben-Salden, zu denen auch der Ausgabenüberschuß der Unternehmen und der Einnahmenüberschuß (das Sparen) der privaten Haushalte gehören, einen erheblichen Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung. Es ist jedoch abwegig, eine monokausale Beziehung zwischen einzelnen Salden in dem Sinne zu unterstellen, daß die Verminderung eines bestimmten Defizits (in der Leistungsbilanz) die eines bestimmten anderen (im Staatshaushalt) verlangt. So kann einer Abnahme des Passivsaldo der Leistungsbilanz bei unverändertem Staatsdefizit eine Verringerung des Ausgabenüberschusses der Unternehmen und eine Zunahme des Sparens der privaten Haushalte gegenüberstehen. Es sind daher die verschiedensten Saldenkombinationen möglich.

Dies lehrt auch ein Blick auf die Saldenkonstellation anderer Länder. So ging etwa in Italien 1986 ein sehr hohes Staatsdefizit (auch in Relation zum Sozialprodukt) mit einem Leistungsbilanzüberschuß einher. Für die Verminderung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits sind die Dollarkursbewegung und die Konjunkturentwicklung in der übrigen Welt von größerer Bedeutung als das Tempo, mit dem sich der Passivsaldo des Staatshaushalts verringert. Eine beschleunigte Steigerung der amerikanischen Exporte und eine Abnahme der amerikanischen Importe als Folge verbesserter Konkurrenzposition der USA und sich verbessernder Auslandskonjunktur führen zunächst im Unternehmensbereich zu einer Erhöhung der Einnahmen und damit zu einer Verringerung des Ausgabenüberschusses. Auch wenn sich das Staatsdefizit nur wenig verändert, kommt deshalb der notwendige Saldenausgleich zustande. Ein allmählicher Abbau des öffentlichen Defizits ist aber keineswegs ausgeschlossen, sondern im Zuge einer von der Außenwirtschaft getragenen Expansion sogar sehr wahrscheinlich. Er ist somit nicht die Voraussetzung für eine Verringerung des Leistungsbilanzdefizits, sondern ergibt sich aus dem Wechselspiel der Einnahmen-Ausgaben-Ströme, bei dem sich

in der Regel alle Einnahmen-Ausgaben-Salden verschieben.

Prognose für das Jahr 1987

Für die Prognose der Weltwirtschaftsentwicklung im Jahre 1987 wird unterstellt, daß die Koordination der Wirtschaftspolitik nicht so gelingt, wie das weltwirtschaftlich erforderlich wäre. Denn die Vorstellungen der einzelnen Regierungen über den richtigen wirtschaftspolitischen Weg klaffen weiterhin erheblich auseinander. Zwar werden die Zentralbanken der meisten westeuropäischen Volkswirtschaften — wie schon im vergangenen Jahr — geldpolitisch kaum weniger expansiv vorgehen können als der Federal Reserve Board, und auch die Finanzpolitik wird in Westeuropa kaum restriktiver sein als in den USA. Die Wirtschaftspolitik dürfte jedoch in den westeuropäischen Ländern nicht, wie das bei wirtschaftspolitischer Koordination erwünscht wäre, expansiver gestaltet werden. Eine Ausnahme bildet allein das Vorgehen in Japan. Die hohen Leistungsbilanzsalden werden sich daher 1987 nicht im gewünschten Maße vermindern, und die wirtschaftliche Expansion wird sich in den Industrieländern nicht beschleunigen. Das Sozialprodukt dieser Volkswirtschaften dürfte auch 1987 mit einer Wachstumsrate von rd. 2,5 vH zunehmen. Noch darunter wird die Expansion in Westeuropa liegen, etwas darüber in Japan und Kanada.

In den USA werden Regierung und Federal Reserve Board weiterhin eine Wirtschaftspolitik betreiben, die eine konjunkturelle Abschwächung zu verhindern sucht. Das heißt aber nicht, daß zu diesem Zweck die im vergangenen Jahr stark expansive Geldpolitik unverändert fortgesetzt und die Konsolidierung des Bundeshaushalts weiterhin hinausgeschoben wird. Die Dollarabwertung wird 1987 stärkere Wirkung zeigen, d.h. ein größerer Teil der Auslands- wie Inlandsnachfrage wird sich dem inländischen Markt zuwenden. Von dieser Umschichtung gehen expansive Impulse auf die Inlandskonjunktur aus. Die Inlandsnachfrage kann daher 1987 weniger zunehmen, ohne daß sich das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Expansion verringert. Die wirtschaftspolitischen Instanzen schwächen somit nicht die Konjunktur ab, wenn sie 1987 die monetäre Expansion etwas verlangsamen sowie einen erneuten behutsamen Anlauf bei der Haushaltskonsolidierung — vor allem über eine Verlangsamung der Zunahme öffentlicher Ausgaben — nehmen. Die im Herbst 1986 verabschiedete Steuerreform belastet in erster Linie den Unternehmenssektor und entlastet die privaten Haushalte. Obwohl sie aufkommensneutral konzipiert ist, dürfte sie 1987 per Saldo leicht restriktiv wirken. Damit nehmen die wirtschaftspolitischen Instanzen hin, daß das Wirtschaftswachstum in den USA weiterhin moderat bleibt. Bei dem wirtschaftspolitischen Verhalten in den übrigen Industrieländern haben sie aber kaum eine andere Wahl.

Die relativ mäßige Expansion in den USA wird von der Exportsteigerung, vor allem aber von der weiteren Zunahme des privaten Verbrauchs getragen, in der nun auch die Umlenkung der Inlandsnachfrage vom Auslandsauf den Inlandsmarkt stärker zum Ausdruck kommt. Die relativ flache Konjunkturentwicklung gibt keinen Anlaß für eine kräftige Kapazitätsausweitung. Die Anlageinvestitionen werden daher 1987 nur schwach steigen. Auch in diesem Jahr dürfte es zu keiner stärkeren Verringerung der Arbeitslosigkeit kommen. Vor allem als Folge der beträchtlichen Dollarabwertung wird sich die Preissteigerung im Laufe dieses Jahres beschleunigen. Sie dürfte aber nur wenig über dem Durchschnitt der Industrieländer liegen.

Obwohl die wirtschaftliche Expansion in fast allen westeuropäischen Volkswirtschaften 1987 ein mäßiges Tempo haben wird, sind die Probleme, vor denen die einzelnen Länder stehen, recht unterschiedlich. So droht in Großbritannien, anders als in den übrigen EG-Ländern, eine erhebliche Verschlechterung der Leistungsbilanz, die den Wachstumsspielraum der britischen Wirtschaft einengt. Bei frei flexiblem Wechselkurs hat sich das Pfund zwar bereits beträchtlich gegenüber anderen Hartwährungen abgewertet. Die britische Wettbewerbsfähigkeit hat sich daher verbessert, und es besteht Anlaß zu der Hoffnung, daß sich die im vergangenen Jahr stark verlangsamte Exportsteigerung 1987 wieder beschleunigen wird. Auch in Großbritannien ist aber mit Verzögerungseffekten zu rechnen, so daß sich ähnlich wie in den USA die Einfuhrzunahme nur allmählich verlangsamt.

Wie schon im vergangenen Jahr wird auch 1987 die Erhöhung des privaten Verbrauchs zunächst die wichtigste Expansionsstütze sein. Im Verlauf dieses Jahres ist jedoch eine Abschwächung der Verbrauchszunahme wahrscheinlich. Nicht zuletzt als Folge der Pfundabwertung dürfte sich die Inflation beschleunigen. Die Realeinkommen der privaten Haushalte werden dann langsamer steigen als bisher. Verliert aber die britische Wirtschaft bei einem Nachlassen der Verbrauchssteigerung die wichtigste Stütze der gegenwärtigen Expansion, so ist kaum zu erwarten, daß dies durch die Zunahme anderer Sozialproduktkomponenten ausgeglichen wird, auch nicht durch die Investitionsentwicklung. Vielmehr wird sich dann das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Laufe des Jahres ebenfalls verlangsamen. Ein stärkerer Abbau der Arbeitslosigkeit ist auch in diesem Jahr nicht zu erwarten.

Für die übrigen EG-Länder wird hier angenommen, daß es zu keiner wesentlichen Änderung der gemeinschaftsinternen Rahmendaten kommt. Eine zu erwartende Korrektur im Wechselkursgefüge des EWS wird keine deutliche Verschiebung der Wettbewerbspositionen mit sich bringen. Auch dürften noch keine entscheidenden Impulse von der Initiative zur Vollendung des Binnenmarktes ausgehen.

In Frankreich wird sich das mäßige Wirtschaftswachstum 1987 fortsetzen. Die Wirtschaftspolitik wird

ihren bisherigen Kurs im wesentlichen beibehalten. Zu Beginn dieses Jahres wurden die noch bestehenden Preiskontrollen endgültig aufgehoben, nachdem die bisherige schrittweise Freigabe der Preise keine negativen Folgen für die Preisentwicklung gehabt hatte. Das Budgetdefizit, das im Vorjahr knapp 3 vH des Bruttoinlandsprodukts betrug, soll allenfalls geringfügig reduziert werden. Veränderungen zeigen sich vor allem in der Geldpolitik. Quantitative Kontrollen der Geld- und Kreditexpansion sollen zunehmend durch Zinsinstrumente ersetzt werden. Der monetäre Rahmen soll auch 1987 relativ eng gesteckt bleiben; doch dürfte es das internationale Umfeld erschweren, dieses Ziel zu erreichen.

Der private Verbrauch wird unter diesen Bedingungen leicht verlangsamt expandieren. Zwar werden die Verbraucherpreise wegen der nachlassenden Dämpfungseffekte des Ölpreisrückgangs wohl geringfügig stärker steigen, aber auch die Lohnzuwächse werden wieder etwas größer sein. Die direkten Steuern werden erneut gesenkt; dabei wird die Entlastung der privaten Haushalte allerdings teilweise durch höhere Beiträge zur Sozialversicherung kompensiert.

Absatzentwicklung und Steuersenkungen in den letzten zwei Jahren haben die Ertragslage der Unternehmen deutlich verbessert. Die Investitionsneigung dürfte sich daher wohl noch etwas erhöhen. Die Ausrüstungsinvestitionen könnten etwas stärker zunehmen als im Vorjahr. Dagegen stagnieren die Wohnungsbauinvestitionen auch in diesem Jahr.

Die Auslandsnachfrage hat sich im zweiten Halbjahr 1986 zwar etwas belebt, jedoch dürfte sich diese Entwicklung in diesem Jahr wegen der erwarteten konjunkturellen Abschwächung beim wichtigsten Handelspartner, der Bundesrepublik Deutschland, nur kaum fortsetzen. Da aber die Importe — u.a. wegen hoher Ölreserven — etwas langsamer zunehmen werden, dürfte die Leistungsbilanz wiederum einen Überschuß aufweisen.

Bei dieser Entwicklung der einzelnen Komponenten wird das Wachstum des Sozialprodukts in diesem Jahr bei 2,5 vH liegen. Zwar wird die Beschäftigung etwas steigen. Eine wesentliche Verringerung der Arbeitslosigkeit ist aber nicht zu erwarten.

Obwohl in Italien die Wirtschaftspolitik die Konjunktur nicht anregt, sind die wirtschaftlichen Aussichten für 1987 relativ günstig. Zwar ist noch nicht sicher, ob sich die Auslandsnachfrage weiter im bisherigen Tempo erhöhen wird, aber die Expansion der Binnennachfrage scheint kräftig genug, das Wirtschaftswachstum auf dem gegenwärtigen Pfad zu halten.

Entscheidend für die Entwicklung des privaten Verbrauchs sind die Lohn- und die Preisentwicklung. Die Gewerkschaften haben zu erkennen gegeben, daß sie wesentlich niedrigere Lohnsteigerungen als 1986 angesichts der guten Wirtschaftsentwicklung nicht akzeptieren werden. Die Gefahr ist gering, daß sich der Preisauftrieb

infolge der nachlassenden dämpfenden Wirkungen des Ölpreisrückgangs in diesem Jahr rasch wieder verstärkt. Die Regierung hat nämlich angekündigt, die erhobenen Kompensationssteuern auf Ölprodukte für den Fall einer Ölpreissteigerung wieder zu streichen. Bei einem erwarteten Lohnanstieg von knapp 7 vH und einem Anstieg der Verbraucherpreise um etwa 4 vH gegenüber dem Vorjahr wird die Kaufkraft der privaten Haushalte weiterhin rasch zunehmen. Für die Unternehmen, deren Erträge sich in den letzten zwei Jahren kräftig verbesserten, bedeutet dies auch weiterhin gute Absatzchancen. Die Investitionstätigkeit dürfte sich dabei etwa im gleichen Tempo wie in diesem Jahr erhöhen.

Allerdings wird die Außenwirtschaft mitentscheiden, wie sich das wirtschaftliche Klima im Lauf des Jahres entwickelt. Der Anstieg der Binnennachfrage wird die Importe ähnlich rasch wie im letzten Jahr expandieren lassen. Damit sich die außenwirtschaftliche Position nicht verschlechtert, steht die Exportwirtschaft vor der Aufgabe, bei einer vor allem gegenüber den USA verschlechterten Wettbewerbssituation die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen Wirtschaftsräumen zu erhalten. Im Vorjahr ist Italien dies in einem erstaunlichen Maße gelungen. Ob die Exporte sich 1987 wieder stark steigern lassen werden, wird auch von der konjunkturellen Entwicklung der wichtigsten europäischen Handelspartner abhängen. Angesichts der Exporterfolge in den letzten Monaten wird hier angenommen, daß die Exporte sich auch im weiteren Verlauf dieses Jahres noch relativ gut, wenn auch deutlich schwächer als im Vorjahr, entwickeln werden.

Die wirtschaftliche Expansion wird sich damit im Jahresdurchschnitt 1987 mit einer Rate von real etwa 3 vH fortsetzen. Zum ersten Mal seit Jahren zeichnet sich auch ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit ab.

Die Konjunkturabschwächung in der Bundesrepublik Deutschland wird sich 1987 dämpfend auf die wirtschaftliche Entwicklung in den *kleineren westeuropäischen Ländern* auswirken. Die Wachstumsrate des Sozialprodukts wird hier im Durchschnitt nur bei etwas über 2 vH liegen. Auch die Zunahme des privaten Verbrauchs und der Investitionen dürfte sich leicht verlangsamen. Der Preisauftrieb wird sich in den meisten kleineren Ländern 1987 gegenüber dem Vorjahr noch einmal etwas abschwächen. Allerdings nehmen die preisdämpfenden Einflüsse des Ölpreisrückgangs allmählich ab. Ähnlich wie in den großen Ländern wird sich die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr kaum verringern.

Die entschieden expansive Wirtschaftspolitik *Japans* steht im Gegensatz zu der zurückhaltenden Wirtschaftssteuerung der meisten westeuropäischen Regierungen. Es ist im wesentlichen auf die finanz- und geldpolitischen Impulse zurückzuführen, mit denen frühzeitig der konjunkturellen Abschwächung entgegengesteuert worden ist, daß die japanischen Wachstumsaussichten für 1987 besser erscheinen als in den meisten übrigen Industrie-

ländern. Da das im Herbst beschlossene Konjunkturprogramm — anders als ursprünglich beabsichtigt — im laufenden Haushaltsjahr noch nicht abgewickelt sein wird, verteilt sich die Anregung der Nachfrage auf einen längeren Zeitraum und dürfte sich erst im zweiten Halbjahr allmählich abschwächen. Dies gilt sowohl für die öffentlichen Investitionen als auch für die Förderung der Wohnungsbauinvestitionen. Aus Rücksicht auf das Staatsdefizit werden freilich die öffentlichen Verbrauchsausgaben etwas weniger ausgeweitet werden als im Jahr zuvor. Dagegen ist damit zu rechnen, daß sich der private Verbrauch weiterhin stetig entwickelt. Zwar werden die Löhne und Gehälter als Reaktion auf die Verschlechterung der Ertragslage einiger Branchen sowie auf die eingetretene Preisberuhigung weniger stark steigen als 1986. Jedoch wird das Realeinkommen kaum sinken, da sich der Preisauftrieb weiter verlangsamen dürfte, zumal die durch niedrige Ölpreise und Aufwertung bedingten Einsparungen bisher erst zum geringeren Teil an den Verbraucher weitergegeben worden sind.

Infolgedessen ist zu erwarten, daß sich die Investitionsneigung der privaten Unternehmen, die im Verlauf des letzten Jahres beeinträchtigt worden war, allmählich wieder bessert. Einerseits sind die Ertragserwartungen für binnenwirtschaftlich orientierte Unternehmen — nicht zuletzt für das Dienstleistungsgewerbe — nach wie vor günstig, andererseits werden die von der Aufwertung stark betroffenen Industriezweige den Anpassungsschock nach und nach überwinden und sich mithilfe zusätzlicher Investitionen — gestützt durch die Impulse der öffentlichen Hand — verstärkt der Binnenwirtschaft zuwenden oder einen Rationalisierungsprozeß einleiten, um dem verstärkten internationalen Wettbewerbsdruck standzuhalten.

Von der Außenwirtschaft sind für das Jahr 1987 in Japan allerdings kaum Impulse zu erwarten, da sich die Wettbewerbssituation zugunsten der Länder mit abgewerteten Währungen verschoben hat und zudem das Wachstum in den übrigen westlichen Industrieländern schwach bleiben wird. Gleichwohl dürfte es nicht zu einer weiteren Schrumpfung des Exportvolumens kommen, da der Yen-Kurs infolge der Vereinbarung der währungspolitischen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten in den nächsten Monaten weiterhin relativ stabil bleiben wird und die japanische Exportwirtschaft versuchen wird, sich verstärkt Märkte in den Ländern zu erschließen, deren Währungen gegenüber dem Yen geringer abgewertet worden sind. Die Gefahr protektionistischer Gegenmaßnahmen von seiten dieser Länder ist freilich nicht zu übersehen.

Der *Welthandel* wird 1987 mit rund 3 vH etwa im gleichen Tempo wie 1986 expandieren. Zwar werden die Importe der Industrieländer um rund 4 vH zunehmen, jedoch werden die Importe der Entwicklungsländer¹ etwa stagnieren.

¹ Vgl. *Gespaltene Konjunktur in der Dritten Welt — Wirtschaftslage in den Entwicklungsländern 1987*. Bearb.: Herbert Wilkens. In: *Wochenbericht des DIW*, Nr. 51-52/1986, S. 652.

Bundesrepublik Deutschland: Zunehmende Risiken

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland war im vergangenen Jahr in besonders hohem Maße durch außenwirtschaftliche Einflüsse geprägt. Die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar war weitaus stärker, als es zu Beginn des Jahres erwartet worden war. Ebenfalls unerwartet stark war der Rückgang des Erdölpreises auf den Weltmärkten.

Insgesamt wurde dabei die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit vor allem der Export belastet, zugleich aber die Preisstabilität im Inland gefördert. Der schon zu Jahresbeginn erwartete hohe Anstieg der Realeinkommen, bei dessen Quantifizierung zunächst die steuerliche Entlastung zu Beginn des Jahres im Vordergrund gestanden hatte, wurde dabei noch deutlich übertroffen. Entgegen verbreiteten Erwartungen kam es aber weder zu einer stetigen Aufwärtsbewegung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahresverlauf noch zu einer vollen Kompensation des Ausfalls an ausländischer Nachfrage durch einen intensiveren Anstieg der Nachfrage aus dem Inland.

Nachdem mit der starken Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im zweiten Quartal des vergangenen Jahres der Rückschlag vom Winterhalbjahr aufgeholt worden war und der Eindruck entstanden war, daß die Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad von etwa 3 vH eingeschwenkt sei, kam es im zweiten Halbjahr 1986 erneut zu einer Wachstumseinbuße.

Von der Deutschen Bundesbank wird diese Tatsache noch im neuesten Monatsbericht¹ in Abrede gestellt. Sie konstatiert, der wirtschaftliche Aufschwung habe sich in den letzten Monaten unvermindert fortgesetzt und kritisiert neuere gesamtwirtschaftliche Prognosen, die eine

weniger günstige Einschätzung zum Ausdruck bringen. Verwiesen wird dabei auf bis in die letzten Monate reichende günstige Zahlen, die bei diesen Prognosen „vermutlich nicht bekannt waren“. Welche Zahlen damit im einzelnen gemeint sind, wird nicht angegeben. So ist es vorerst auch nicht möglich, zu prüfen, inwieweit diese Zahlen das Bild zu korrigieren vermögen, das die in der vorliegenden Untersuchung verwendeten Informationen vermitteln.

Mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 2½ vH blieb das reale Bruttosozialprodukt im Jahre 1986 deutlich hinter den im Frühjahr vorherrschenden Erwartungen zurück. Dabei stehen in der Bilanz für das vergangene Jahr günstige Resultate für die Entwicklung der Inlandsnachfrage und der Einkommen. Damit blieb die Wachstumsrate auch hinter dem zurück, was vom DIW an dieser Stelle zu Anfang des Jahres 1986 prognostiziert worden war (3 vH). Seit dem Frühjahr 1986 hatte das DIW aber stets vor zu hoch gesetzten Erwartungen gewarnt. Der reale private Verbrauch weist mit einer Zuwachsrate von über 4 vH die größte Steigerung seit 1977 auf. Die gesamte inländische Güterverwendung nahm ebenfalls um fast 4 vH zu.

Die Gewinnsituation der Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahren enorm verbessert. Nach Berechnungen des Sachverständigenrates war die Marge der Gewinn- und Vermögenseinkommen² im Jahr 1986 so hoch wie zuletzt Anfang der siebziger Jahre. Die berei-

¹ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. 38. Jg. Nr. 12, Dezember 1986, S. 5.

² Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Jahresgutachten 1986/87, Schaubild 17.

Entwicklung der Güterverwendung Inland-Ausland
zu Preisen von 1980

	1985	1986	1987	1986		1987	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
in Mrd. DM							
Güterverwendung im Inland	1 502,1	1 558,5	1 602,5	752,4	806,5	772,0	830,5
Ausfuhr	545,6	543,5	542,5	269,6	273,5	268,5	274,0
abzüglich Einfuhr	466,9	484,0	503,0	237,9	246,0	247,0	256,5
Außenbeitrag	78,7	59,5	39,5	31,6	28,0	22,0	17,5
Bruttosozialprodukt	1 580,8	1 618,0	1 641,5	784,0	834,0	794,0	848,0
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Güterverwendung im Inland	1,5	4,0	3,0	3,6	4,0	2,5	3,0
Ausfuhr	7,3	-0,5	0,0	0,3	-1,0	-0,5	0,0
abzüglich Einfuhr	4,7	3,5	4,0	3,1	4,0	3,5	4,5
Bruttosozialprodukt	2,5	2,5	1,5	2,5	2,0	1,5	1,5

Quellen: 1985 und erstes Halbjahr 1986 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1986 Schätzungen des DIW; 1987 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsdaten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland¹⁾
zu jeweiligen Preisen

	1985	1986	1987	1986		1987	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
in Mrd. DM							
Ausfuhr	647,3	633,5	630,0	316,6	317,0	311,0	319,5
Waren	518,2	508,0	500,0	255,4	252,5	247,5	252,5
Dienstleistungen	129,2	126,0	130,5	61,3	64,5	63,5	67,0
abzüglich: Einfuhr	574,6	529,5	552,0	268,8	261,0	265,0	287,5
Waren	435,7	389,0	404,0	201,4	187,5	196,0	208,0
Dienstleistungen	139,0	140,5	148,0	67,4	73,5	68,5	79,5
Außenbeitrag	72,7	104,0	78,0	47,9	56,5	46,0	32,0
Waren	82,5	119,0	95,5	54,0	65,0	51,0	44,5
Dienstleistungen	- 9,8	- 15,0	- 17,5	- 6,1	- 8,5	- 5,0	- 12,5
Saldo der Übertragungen	- 34,6	- 35,0	- 36,5	- 16,4	- 19,0	- 17,5	- 19,0
Leistungsbilanzsaldo	38,1	69,0	41,5	31,5	37,5	28,5	13,5
nachr.: Zahlungsbilanzstatistik	38,8	73,0	45,0	34,7	38,5	30,0	15,0
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Ausfuhr	10,1	- 2,0	- 0,5	- 0,6	- 3,5	- 2,0	0,5
Waren	10,9	- 2,0	- 1,5	- 0,5	- 3,5	- 3,0	0,0
Dienstleistungen	7,1	- 2,5	3,5	- 1,0	- 4,0	3,5	3,5
abzüglich: Einfuhr	6,9	- 8,0	4,0	- 6,7	- 9,0	- 1,5	10,0
Waren	7,1	- 10,5	4,0	- 9,0	- 12,5	- 2,5	11,0
Dienstleistungen	6,1	1,0	5,0	0,9	1,5	2,0	8,0

¹⁾ Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Quellen: 1985 und erstes Halbjahr 1986 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1986 Schätzungen des DIW; 1987 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

nigte Lohnquote — als Maß für die Verteilungsrelation zwischen Arbeit und Kapital — ist sogar auf das Niveau von Anfang der sechziger Jahre gefallen³.

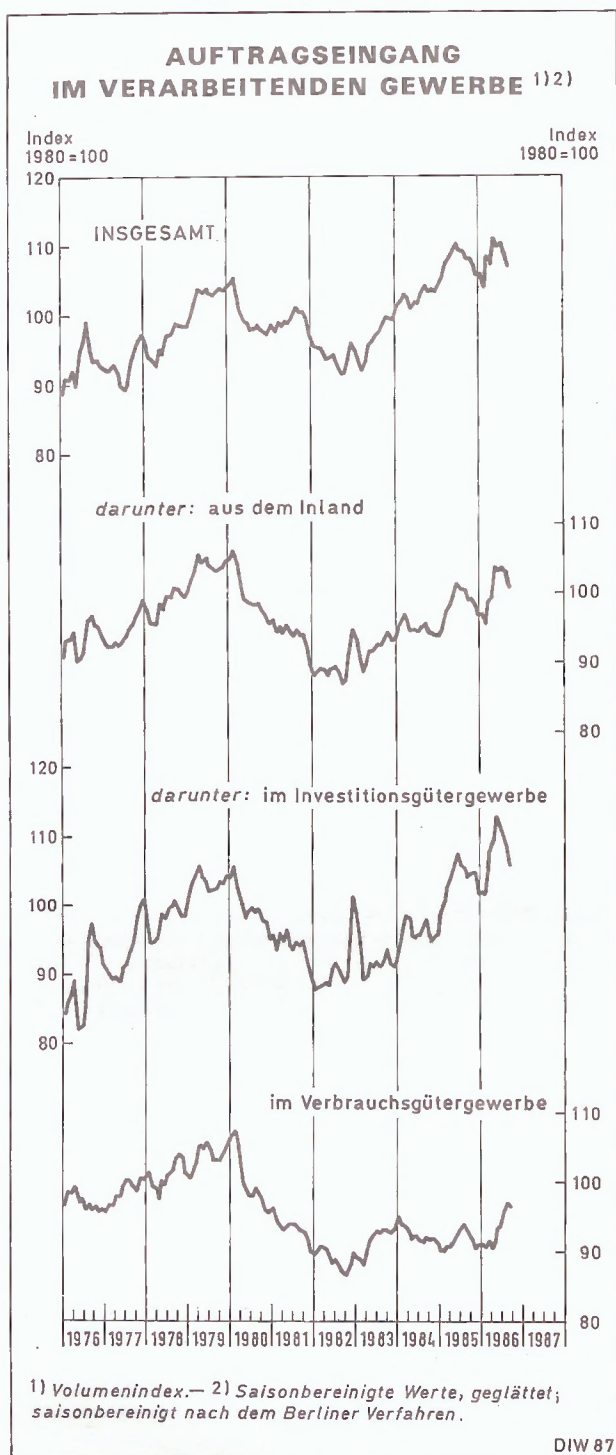
So wäre die Wachstumsabschwächung im Jahresverlauf für sich genommen nicht so bedenklich — wurde doch etwa eine Wachstumsrate wie in den beiden Jahren zuvor erreicht —, wenn nicht die jüngsten Indikatoren zu Befürchtungen Anlaß gäben. Auch für diejenigen Beobachter, die die voraussichtliche Entwicklung nicht aus den Daten am aktuellen Rand ableiten, stellt sich die Frage, warum seit Herbst nach der Auslands- auch die Inlandsnachfrage zurückgeht und mit dem Investitionsgütergewerbe gerade derjenige Bereich Zeichen der Schwäche zeigt, bei dem man angesichts weiterhin günstiger Rahmenbedingungen am ehesten an eine robuste Konstitution geglaubt hatte. Mit einer Rate von rund 6 vH stiegen die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen 1986 erheblich weniger, als dies im Frühjahr erwartet worden war.

Zur Erklärung der Abschwächung kann zwar angeführt werden, daß vom Staat trotz der Steuersenkung keine expansiven, sondern eher leicht restriktive Impulse ausgingen und der Zinssenkungsprozeß trotz verstärkter Zunahme der Geldmenge nicht weiter vorankam. Völlig überzeugen können diese Argumente aber nicht. Zu der

Vorstellung von einem sich selbst tragenden Aufschwung hätte ja gehört, daß dieser ohne besondere wirtschaftspolitische Stimulierung auskommt.

Offensichtlich war der retardierende Effekt, der vom Rückgang der Auslandsnachfrage ausging, auch in seinen Auswirkungen auf die inländische Nachfrage und hier insbesondere auf die Investitionsnachfrage, sehr viel stärker als die anregenden Impulse aus der Steigerung der Realeinkommen infolge der Verbesserung der Terms of Trade. Das zeigt einerseits, daß auch die vorangegangene Belebung weitgehend exportinduziert war und andererseits, daß die starken Veränderungen der Wettbewerbsposition, denen die Wirtschaft der Bundesrepublik in so kurzer Zeit ausgesetzt war, erhebliche Anpassungen in der Investitionsplanung erforderlich machen. Vielen Unternehmen mag es im Hinblick auf eine labiler gewordene Absatzlage als angebracht erscheinen, mit zusätzlichen Investitionen abzuwarten, zumal der Konsumschub vielfach als ein einmaliges Phänomen angesehen werden dürfte.

³ Vgl. Beschäftigungszunahme: Höhepunkt offenbar überschritten. Bearb.: Heiner Flassbeck. In Wochenbericht des DIW Nr. 46/86.



Insgesamt gesehen wurde in den vergangenen vier Jahren nicht die Dynamik erreicht, die zu einer Beseitigung des Ungleichgewichts am Arbeitsmarkt — über 2,1 Millionen Menschen sind auch gegenwärtig ohne Arbeitsplatz — notwendig gewesen wäre. Zwar hat die Beschäftigung deutlich zugenommen, ist Preisstabilität dank moderater Tarifabschlüsse sowie günstiger externer Einflüsse erreicht worden, und eine Korrektur des außenwirt-

schaftlichen Ungleichgewichts ist auf dem Wege. Unbefriedigend bleibt jedoch weiterhin, daß zur Jahreswende 1986/87 nicht nur das Ziel des hohen Beschäftigungsstandes weiter verfehlt, sondern auch die Stabilität der Aufwärtsbewegung ernsthaft gefährdet ist.

Von der Industrie, in den vergangenen beiden Jahren tragende Kraft der Expansion, gehen nunmehr erheblich geringere Impulse aus. Der Auftragseingang bei der Industrie ist seit Herbst 1985 nicht mehr gestiegen und war zuletzt, vor allem wegen der Schwäche der Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern, sogar rückläufig. Auch am Arbeitsmarkt zeigen sich erstmals seit dem unteren Wendepunkt der Beschäftigungsentwicklung deutliche Anzeichen einer Abschwächung. Die Zahl der Arbeitslosen ist zwar bis November noch gesunken, die Kurzarbeit hat aber gleichzeitig zugenommen und lag im November um rund 45 000 über dem Vorjahreswert. Die Beschäftigungszunahme dürfte im vierten Quartal erheblich an Tempo verloren haben, da das zuvor die Beschäftigungsexpansion in der Industrie allein tragende Investitionsgütergewerbe sehr viel weniger zusätzliche Arbeitnehmer eingestellt hat. Allerdings waren infolge der bis zur Mitte des Jahres noch ungebrochenen Zunahme der Beschäftigung in der Industrie und einer weiteren Zunahme in den Dienstleistungsbereichen, nicht zuletzt beim Staat, im Durchschnitt des Jahres etwa 240 000 Arbeitnehmer mehr beschäftigt als 1985. Der Zuwachs bei den Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen dürfte 10 000 bis 15 000 betragen haben.

Geldpolitik 1986: Wachstumsgerecht oder inflationsfördernd?

Im Vordergrund der öffentlichen Diskussion über die Wirtschaftspolitik im vergangenen Jahre stand die Zielüberschreitung der Geldpolitik. Im vierten Quartal 1986 hat die Zentralbankgeldmenge um gut zwei Prozentpunkte über dem — durch laufende Raten von 3,5 und 5,5 vH begrenzten — Zieltrichter gelegen. Für die Tolerierung dieses „monetären Überhangs“ fand die Bundesbank breites Verständnis in der Öffentlichkeit. Sie hat sich im Dezember trotz der gleichzeitig zu vernehmenden warnenden Stimmen, die die Gefahren eines Inflationspotentials beschworen, entschlossen, den monetären Überhang zu tolerieren; sie hat ihren Zielkorridor für 1987 mit 3 bis 6 vH so gewählt, daß sie bei Verwirklichung einer mittleren Rate von 4,5 vH nicht den Versuch unternimmt, den monetären Überhang aus dem Vorjahr wieder abzubauen.

Entscheidend für die Beurteilung der Geldpolitik im Jahre 1987 ist aber die Frage, welche ökonomische Bedeutung dem Überschreiten des Zielkorridors im Vorjahr zuzumessen ist. Das DIW hat wiederholt⁴ darauf hinge-

⁴ Zuletzt im Sommer 1986. Vgl. Bundesrepublik Deutschland: Wachstum bleibt hinter Erwartungen zurück. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW Nr. 26/86.

Indikatoren für die Geldpolitik

	absolute Werte					Veränderungen in vH gegenüber Vorjahr				
	1983	1984	1985	1986*	1987*	1983	1984	1985	1986*	1987*
Bruttosozialprodukt nominal, Mrd. DM	1 679,3	1 763,1	1 847,0	1 952,2	2 007	5,2	5,0	4,8	5,7	3
real ¹⁾ , Mrd. DM	1 497,8	1 542,4	1 580,8	1 618,1	1 642	1,8	3,0	2,5	2,4	1,5
Private Ausgaben ²⁾ , real ¹⁾ , Mrd. DM	1 110,8	1 132,1	1 147,9	1 194,9	1 232	3,3	1,9	1,4	4,1	3
Masseneinkommen ³⁾ , Mrd. DM	801,5	813,7	832,1	870,0	897	1,1	1,5	2,3	4,6	3
Verbraucherpreise ⁴⁾	114,8	117,7	120,2	119,6	121	4,8	2,5	2,1	-0,5	1
Zentralbankgeldmenge ⁵⁾ , Mrd. DM	182,4	191,1	199,8	212,5	224	7,3	4,8	4,6	6,3	5,5
Bargeldumlauf ⁶⁾ , Mrd. DM	91,2	96,0	99,4	106,2	111,5	8,3	5,3	3,5	6,6	5
Reservesoll ⁷⁾ , Mrd. DM	91,2	95,1	100,4	106,3	112,5	6,3	4,3	5,5	5,9	6
Geldmenge M1 ⁸⁾ , Mrd. DM	278,7	287,8	300,1	325,7	342	10,3	3,3	4,3	8,5	5
Geldmenge M3 ⁹⁾ , Mrd. DM	855,0	887,4	930,5	985,4	1 045	6,7	3,8	4,9	5,9	6
Kapitalmarktzins ¹⁰⁾ , % p.a.	8,0	7,8	6,9	6,0	5,5-6	.	.	.	.	.
Geldmarktzins ¹¹⁾ , % p.a.	5,8	5,9	5,4	4,6	4	.	.	.	.	.
Umlaufgeschwindigkeit ¹²⁾ der Zentralbankgeldmenge	9,207	9,266	9,244	9,187	8,96	-2,0	0,2	0,2	-0,6	-2,5
der Geldmenge M1	6,025	6,126	6,154	5,994	5,86	-4,7	1,7	0,5	-2,6	-2
der Geldmenge M3	1,964	1,987	1,985	1,981	1,92	-1,4	1,2	-0,1	-0,2	-3

Vorbemerkung: Mit Ausnahme des Sozialprodukts, der Ausgaben und des Masseneinkommens sind alle Zahlen Durchschnitte aus den monatlichen Angaben; die Werte der Geldmengen M1 und M3 bis 1985 sind wegen des statistischen Bruchs Ende 1985 bereinigt worden. — ¹⁾ Zu Preisen von 1980. — ²⁾ Bruttoinvestitionen und Verbrauch. — ³⁾ Nettolohn- und -gehaltsumme zuzüglich empfangene Übertragungen der privaten Haushalte. — ⁴⁾ 1980 = 100. — ⁵⁾ In der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank. — ⁶⁾ Inländischer Nichtbanken. — ⁷⁾ Zu konstanten Reservesätzen (Basis Januar 1974). — ⁸⁾ Bargeldhaltung und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken. — ⁹⁾ Geldmenge M1 zuzüglich Termingelder bis unter vier Jahren und Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. — ¹⁰⁾ Rendite inländischer festverzinslicher Wertpapiere im Umlauf. — ¹¹⁾ Satz für Dreimonatsgeld in Frankfurt/M. — ¹²⁾ Bruttosozialprodukt (nominal) durch Geldmenge. — *) Schätzungen bzw. Prognosen des DIW.

wiesen, daß schon der Zielpfad selbst, nämlich die Orientierung am tatsächlichen Potentialwachstum, nicht ohne weiteres für eine Wirtschaft mit einem erheblichen Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt angemessen ist, denn auf die reibungslose Finanzierung eines beschleunigten Potentialwachstums kommt es an. Außerdem gibt es eine Reihe von Gründen, die zu der Annahme berechtigen, daß die Überschreitung des Zielkorridors keineswegs als expansiver monetärer Überhang oder gar als „Inflationspotential“ zu interpretieren ist. Gegen das Argument eines Angebotsüberschusses am Geldmarkt spricht vor allem, daß es seit dem Frühjahr 1986 nicht mehr zu einer nennenswerten Zinssenkung gekommen ist. Das läßt darauf schließen, daß die Geldnachfrage Hand in Hand mit dem Geldangebot zugenommen hat, so daß die Bundesbank nur um den Preis einer Zinssteigerung die Ausweitung des Geldangebots auf dem Zielpfad hätte halten können. Zinserhöhungen aber paßten aus außenwirt-

schaftlichen Gründen (Drängen der USA auf Zinssenkung, weitere Aufwertung der D-Mark) am wenigsten in die wirtschaftspolitische Landschaft. Für die Zunahme der Geldnachfrage selbst spricht vor allem, daß

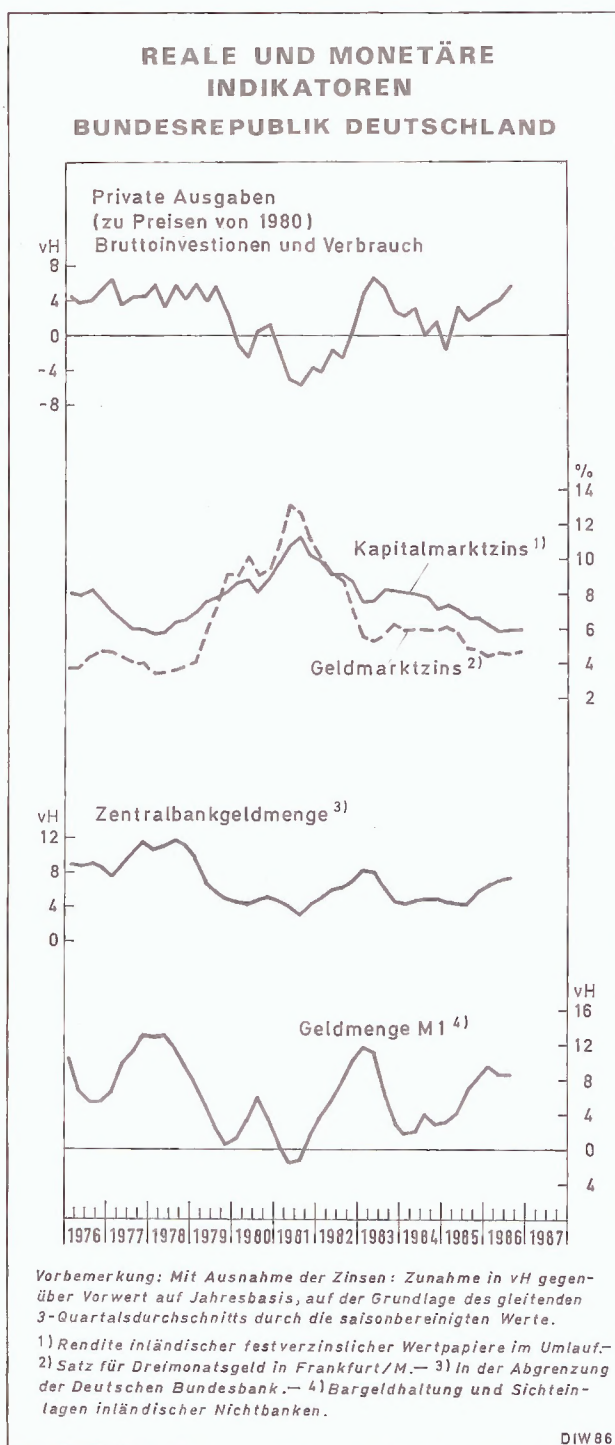
- sich in Zeiten starker Aufwertungen der D-Mark der Währungsraum der D-Mark infolge von Bargeldhaltung im Ausland ausweitete. Ein ähnliches Phänomen war schon im Jahr 1978 zu beobachten;
- im Jahr 1986 eine Normalisierung der Geldnachfrage eingetreten ist, nachdem 1984 und 1985 nur sehr geringe Zuwachsraten der Geldmengen in allen Abgrenzungen, insbesondere aber von M₁, zu verzeichnen gewesen waren, die mit schwach sinkenden Zinsen einhergingen;
- die Kosten der Kassenhaltung angesichts der erreichten Preisstabilität im Vergleich zu früheren Jahren sehr gering waren;

- die Unsicherheit über den geldpolitischen Kurs sowie die künftige Entwicklung von Zinsen und Wechselkursen die Liquiditätsneigung von Unternehmen und Haushalten vergrößert hat;
- der Geldbedarf für Transaktionszwecke erheblich zugenommen haben dürfte, da sich die Expansion der Masseneinkommen von 2,5 vH im Jahre 1985 auf 4,5 vH im Jahre 1986 verstärkt hatte. Das schlägt sich auch in dem besonders starken Anstieg des Bargeldbestandes nieder;
- bei längerfristiger Betrachtung zudem zu berücksichtigen ist, daß im Durchschnitt der letzten zehn Jahre der Bargeldumlauf um jährlich zwei Prozentpunkte schneller zunahm als das Masseneinkommen. Erheblich vergrößerte sich dabei Jahr für Jahr der Anteil der 1 000 DM- und 500 DM-Noten, also jenes Bargeldes, das wohl kaum kreislaufwirksam ist, sondern überwiegend — auch im Ausland — gehortet werden dürfte.

Insgesamt kann man also mit guten Gründen die konzeptionelle (nur aktuelles Produktionspotential), die zeitliche (nur das Jahr 1986) und die räumliche (nur das Gebiet der Bundesrepublik) Interpretation der Zielüberschreitung der Geldpolitik für zu eng halten.

Der Kern des Problems liegt in der Frage der Kompatibilität der zu beobachtenden Zinsbewegungen einerseits und der Geldmengenentwicklung andererseits.

Hier ist auch die Fehleinschätzung vieler Prognosen des Wirtschaftswachstums im Jahre 1986 hinsichtlich der konjunkturellen Effekte des Ölpreisrückgangs begründet. Ein Vergleich der Wirkungen von Ölpreisveränderungen und Geldpolitik zeigt nämlich, daß den Ölpreisexplosionen in der Vergangenheit jeweils mit restriktiver Geldpolitik begegnet wurde, ganz gleich, ob man zur Beurteilung die Zins- oder die Geldmengenbewegung heranzieht. Der Ölpreisrückgang im vorigen Jahr dagegen war zwar von einer scheinbar expansiven Geldmengenentwicklung begleitet, die Zinsen blieben jedoch nahezu konstant (Schaubild). Die Realzinsen — gemessen an den aktuellen Inflationsraten — stiegen sogar außergewöhnlich stark. Das weist auf ein Phänomen hin, das in den vergangenen drei Jahren erstmals zu beobachten war und eine korrekte Beurteilung der Geldmengenpolitik außerordentlich erschwert, wenn nicht sogar unmöglich macht. Gemessen an der Geldmengenexpansion war die Geldpolitik — nach Maßstäben der Vergangenheit — im Jahre 1984 und bis Mitte des Jahres 1985 restriktiv; es kam zwar nicht zu Zinserhöhungen, aber der Zinssenkungsprozeß stockte. Gegen Mitte des Jahres 1985 setzte ein stärkerer, auch breiter angelegter Zinssenkungsprozeß ein, und die monetäre Expansion begann sich wieder zu beschleunigen. Dieser Zinssenkungsprozeß kam im Frühjahr 1986 zum Stillstand; doch die Geldbestände wurden auch im weiteren Jahresverlauf kräftig aufgestockt. Das läßt darauf schließen, daß der Zusammenhang zwischen dem Geldmengenzuwachs und den ge-



samtwirtschaftlichen Wachstumsraten in diesem Zeitraum schwächer geworden ist. Denn ein expansiver Impuls der Geldpolitik wirkt vor allem über sinkende Zinsen auf die Ausgabenentscheidungen der privaten Wirtschaftssubjekte.

Die Erklärung für diese — neuartige — Konstellation von Geldangebot und Zinsen muß in einem veränderten Geldnachfrageverhalten gesucht werden. Insbesondere

die Rückwirkungen der Wechselkursveränderungen auf die Reservehaltung von D-Mark im Ausland dürften hierbei eine Rolle spielen. Schließlich folgte dem Wechsel von einer Abwertungs- zu einer Aufwertungstendenz der D-Mark im Frühjahr 1985 ein Übergang von einer relativ schwachen zu einer relativ starken Geldmengenentwicklung.

Auch aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß die Geldpolitik die Kontrolle des Geldangebots derzeit nicht zu ihrem vordringlichen Ziel machen kann. Die Geldpolitik kann auch die Wechselkursbewegungen und insbesondere den Dollarkurs wegen der Rückwirkungen auf die Binnenkonjunktur und des immer noch großen Ungleichgewichts am Arbeitsmarkt nicht aus ihrem Kalkül ausschließen. Zu dem Konzept der stetigen Steuerung des Geldangebots gehören die Annahmen einer stabilen Geldnachfrage und sich an den Preisdifferenzen orientierender Währungsrelationen; treffen diese Annahmen in Wirklichkeit nicht zu, ist das Konzept hinsichtlich seiner Praktikabilität in Frage gestellt.

1987: Nur noch schwacher Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion

Zu Beginn dieses Jahres ist der Ausblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Noch läßt sich nicht sagen, wann die Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion überwunden sein wird und wie stark ein sich anschließender Erholungsprozeß ausfallen kann. Das Bild wird vor allem dadurch getrübt, daß die Wirtschaft auch in diesem Jahr erheblichen Belastungen ausgesetzt sein wird:

- Die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar dürfte noch nicht zu Ende gekommen sein. Für diese Prognose wird mit einem weiteren Abgleiten des Dollarkurses auf etwa DM 1,90 im Jahresdurchschnitt gerechnet.
- Auch im Europäischen Währungssystem dürfte die D-Mark in nicht zu ferner Zukunft aufgewertet werden, und zwar wohl in dem Umfang, daß die seit der letzten Anpassung der Wechselkurse erreichte reale Abwertung der D-Mark wettgemacht wird.
- Unsicherheit besteht auch bei der Prognose des Ölpreises. Da einiges dafür spricht, daß die Beschlüsse der OPEC-Länder vom Dezember doch zu gewissen Erfolgen führen, wird in dieser Prognose mit einem leichten Anstieg gerechnet.
- Zusätzliche Impulse vom Welthandel, mit denen ein Ausgleich für den anhaltenden wechsellkursbedingten Druck auf den Export entstehen würde, werden nicht erwartet; der reale Welthandel dürfte 1987 nur mit einer Rate von reichlich 3 vH expandieren.
- Der tatsächliche Kurs der Geldpolitik ist auch mit der neuen Zielvorgabe für die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge (laufende Raten von 3 bis 6 vH) nicht

festgelegt. Ob die Bundesbank versucht, die Geldmengenausweitung eher am oberen oder am unteren Rand dieses Korridors zu halten, wird für die Zinsentwicklung von Bedeutung sein. Hier wird eine Politik unterstellt, die nicht zu Zinserhöhungen führt.

- Von der Finanzpolitik werden abermals keine expansiven Impulse ausgehen; das Festhalten am Konsolidierungskurs bestimmt die finanzpolitische Linie auch 1987, zumal keine weiteren steuerlichen Entlastungen vorgesehen sind.
- Die Lohnabschlüsse werden 1987 unter dem Eindruck anhaltend hoher Arbeitslosigkeit bei sich verschlechternder konjunktureller Situation etwas niedriger als 1986 ausfallen; sie werden im Durchschnitt eher etwas unter 4 vH liegen. Verkürzungen der Wochenarbeitszeit, wie sie etwa von den Tarifparteien in der Metallindustrie vereinbart werden könnten, werden erst relativ spät wirksam, so daß die durchschnittliche Arbeitszeit im Jahre 1987 davon nur wenig berührt wird.
- Einige Impulse wird die Inlandsnachfrage von den verzögerten Wirkungen des Ölpreiserückgangs erhalten; sie werden vor allem beim privaten Verbrauch spürbar.

Ausfuhr stagniert weiterhin

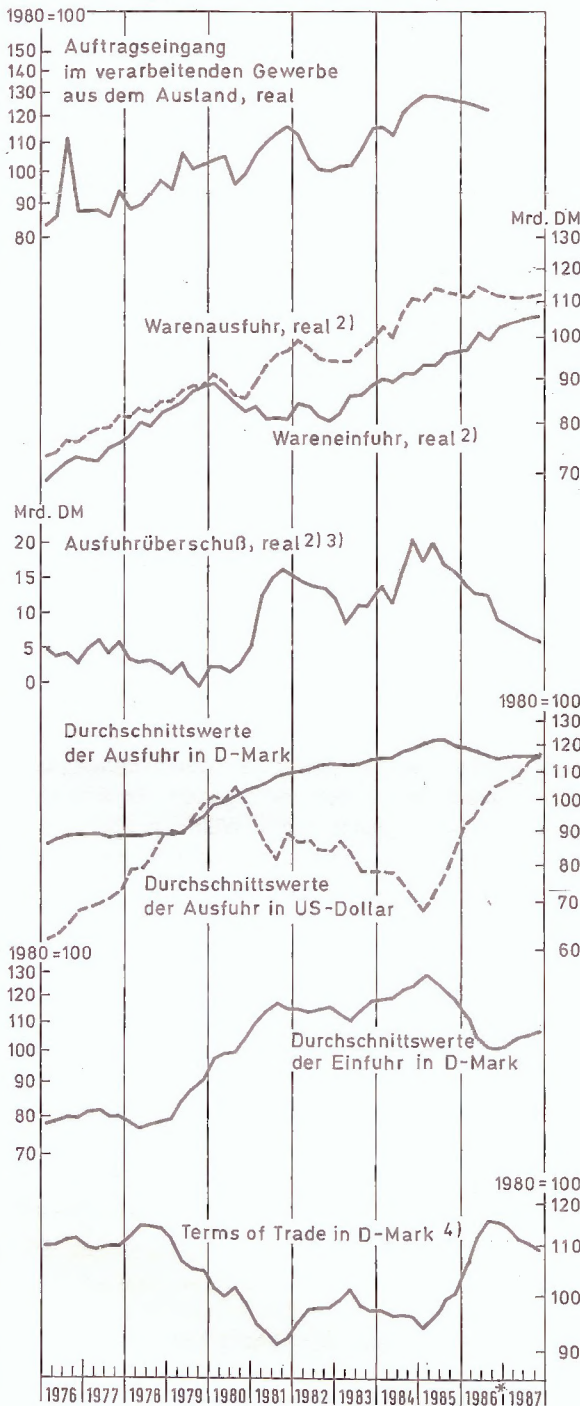
Die reale Warenausfuhr wird unter diesen Voraussetzungen im Jahr 1987 nur ebenso hoch sein wie im Vorjahr. Bis etwa zum Frühsommer wird sie weiter sinken und erst danach wieder langsam zunehmen. Für diese Entwicklung spricht bei dem nur mäßigen Wirtschaftswachstum in den westlichen Industrieländern vor allem die anhaltende Beeinträchtigung durch die starke reale Aufwertung der D-Mark. Da viele Unternehmen im Jahr 1986 vermutlich noch hohe Auftragsbestände hatten, deren Erledigung die Ausfuhr zunächst stützte, ist damit zu rechnen, daß ein erheblicher Teil der Anpassung an die veränderte Wettbewerbssituation sich noch nicht in den sichtbaren Ausfuhrbewegungen niedergeschlagen hat. Allerdings werden die Unternehmen zugleich ihre Anstrengungen auf den Exportmärkten verstärken und hierbei auch zu Preisnachlässen bereit sein.

Im Wettbewerb mit den wichtigsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt, namentlich den USA, werden die deutschen Exportchancen durch die weitere Aufwertung der D-Mark jedoch eher noch schlechter. Zu denken geben hier auch die protektionistischen Bestrebungen in den USA; so würden die zur Zeit von der amerikanischen Administration erwogenen Beschränkungen bei hochwertigen Werkzeugmaschinen den deutschen Export empfindlich treffen. Auf den Märkten der EG-Länder wird sich der Wettbewerb gegenüber Anbietern aus Drittländern ebenfalls erheblich verschärfen. Insbesondere die asiatischen Schwellenländer und Japan, das seine Ausfuhrströme stärker von den USA nach Europa lenken wird, erschweren das Halten der hohen Marktanteile. Die OPEC-

INDIKATOREN ZUM AUSSENHANDEL DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

saisonbereinigte Werte 1)

logarithmischer Maßstab



1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.— 2) Spezialhandel, in Preisen von 1980. Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt.— 3) Linearer Maßstab.— 4) Terms of Trade auf Basis der Durchschnittswerte.—

* Ab 4. Quartal 1986 Vorausschätzung des DIW.

DIW 87

Länder werden wegen ihrer hohen Defizite im Außenhandel erneut weniger Güter aus der Bundesrepublik einführen. Aus den übrigen Entwicklungsländern ist angesichts gedrückter Weltmarktpreise für Rohstoffe und damit weiterhin geringer Deviseneinnahmen dieser Länder bestenfalls mit auf niedrigem Niveau stagnierender Nachfrage zu rechnen; damit entfele jedoch ein stark negativer Effekt, der die Exportentwicklung im letzten Jahr mitbestimmt hat. Devisenmangel wird auch im Jahre 1987 die Bezüge der Staatshandelsländer aus der Bundesrepublik bremsen.

Insgesamt wird bei dieser Exportentwicklung die reale Gesamtnachfrage in der Bundesrepublik weiter belastet; die Verschlechterung der Gewinnsituation wird auch bei der Investitionsneigung spürbar werden.

Staatseinnahmen bleiben hinter den Erwartungen zurück

Vom Staat werden 1987 expansive Einflüsse geringen Umfangs auf die Gesamtwirtschaft ausgehen, zum Teil deshalb, weil infolge der gesamtwirtschaftlichen Abschwächung einige der im Steuer- und Transfersystem eingebauten „Stabilisatoren“ wirksam werden. Das Staatsdefizit wird sich von 19 auf 23 Mrd. DM erhöhen: Das Defizit der Gebietskörperschaften dürfte auf 34 Mrd. DM steigen und der Überschuß der Sozialversicherungsträger unverändert bei reichlich 10 Mrd. DM liegen. Noch im Oktober haben die Institute vor dem Hintergrund einer damals noch günstigeren gesamtwirtschaftlichen Prognose mit 16 Mrd. DM ein wesentlich geringeres Staatsdefizit vorausgerechnet.

Die Ausgaben werden mit 3,5 vH eine ähnliche Steigerung wie in den Vorjahren erreichen. Dabei wird angenommen, daß die öffentlichen Investitionsausgaben wie schon 1986 überdurchschnittlich zunehmen (6 vH). Der Staatsverbrauch wird nominal mit über 4 vH etwas weniger als 1986 expandieren. Es wird damit gerechnet, daß der Kostenauftrieb im Gesundheitswesen gedämpft werden kann und die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst etwas niedriger als 1986 ausfallen werden. Für die Prognose wird unterstellt, daß die finanzpolitischen Entscheidungsträger auf die geringer fließenden Einnahmen nicht mit Ausgabenkürzungen antworten werden. Dies ist aber nach den Erfahrungen in den letzten Jahren alles andere als sicher.

Der große Block der Transferzahlungen wird abermals nur mäßig, um weniger als 3 vH, zunehmen, obwohl mehrere Sozialleistungen und auch Subventionen an den Unternehmenssektor erhöht werden. Zu nennen sind die Anpassung der Renten an die Einkommensentwicklung im Vorjahr (nach Abzug der Krankenversicherungsbeiträge steigen die Renten um 3 vH), die Mehraufwendungen für Sozialhilfe (7 vH), die Anrechnung der Kindererziehungszeiten für Frauen der Jahrgänge vor 1906 sowie die Aus-

Außenbeitrag
zu Preisen von 1980

	1985	1986	1987	1986		1987	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
in Mrd. DM							
Ausfuhr	545,6	543,5	542,5	269,6	273,5	268,5	274,0
Waren	437,3	436,0	433,5	217,7	218,5	215,0	218,5
Dienstleistungen	108,3	107,0	109,0	51,9	55,0	53,5	55,5
abzüglich: Einfuhr	466,9	484,0	503,0	237,9	246,0	247,0	256,5
Waren	353,0	368,0	382,5	182,1	185,5	190,5	192,0
Dienstleistungen	114,0	116,0	121,0	55,8	60,0	56,5	64,5
Außenbeitrag	78,7	59,5	39,5	31,6	28,0	22,0	17,5
Waren	84,4	68,5	51,0	35,5	33,0	25,0	26,5
Dienstleistungen	- 5,7	- 9,0	- 12,0	- 3,9	- 5,0	- 3,0	- 9,0
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Ausfuhr	7,3	- 0,5	0,0	0,3	- 1,0	- 0,5	0,0
Waren	7,9	- 0,5	- 0,5	0,4	- 1,0	- 1,0	0,0
Dienstleistungen	4,8	- 1,0	2,0	- 0,3	- 2,0	3,0	0,5
abzüglich: Einfuhr	4,7	3,5	4,0	3,1	4,0	3,5	4,5
Waren	5,0	4,0	4,0	3,7	4,5	4,5	3,5
Dienstleistungen	3,5	1,5	4,0	1,3	2,0	1,5	7,0
Quellen: 1985 und erstes Halbjahr 1986 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1986 Schätzungen des DIW; 1987 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.							

weitung der Ansprüche älterer Arbeitsloser auf Arbeitslosengeld. Im Zusammenhang mit dem niedrigen Dollarkurs und der damit einhergehenden verschlechterten Wettbewerbssituation müssen z.B. für den Bergbau erhöhte Subventionen bereitgestellt werden.

Die gesamten Einnahmen des Staates werden sich in diesem Jahr nur um 3 vH erhöhen. Damit werden erstmals seit fünf Jahren die Mehreinnahmen nicht mehr zur Deckung der Mehrausgaben ausreichen. Das Steueraufkommen wird aber rascher als 1986 expandieren, weil die Progression des Einkommensteuertarifs wieder in vollem Umfang wirksam wird. Bei der Lohnsteuer ist mit einem Plus von 7,5 vH zu rechnen. Einen anderen Verlauf dürften die Gewinnsteuern nehmen, denn viele Unternehmen werden auf die ungünstigere Gewinnentwicklung mit einer Kürzung der Vorauszahlungen auf ihre Steuerschuld reagieren; dies gilt vor allem für die Körperschaftsteuer. Zudem ist zu berücksichtigen, daß 1986 Mehreinnahmen im Zusammenhang mit der Veräußerung eines großen Industrievermögens die Fortschreibungsbasis überhöht haben.

Die Steuern vom Umsatz werden erstmals seit langem stärker als das nominale Sozialprodukt steigen. Der raschere Zuwachs ergibt sich, weil die mehrwertsteuerpflichtigen Verwendungsaggregate weiter an Bedeutung gewinnen. Insgesamt werden die indirekten Steuern um 3,5 vH zunehmen.

Der abgeschwächte Anstieg der Sozialbeiträge (3,5 vH) ist vor allem Folge der verringerten Expansion der Brutto- und -gehaltssumme. Während über die Entwicklung der Beitragssätze in den gesetzlichen Krankenkassen noch Ungewißheit herrscht, werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 4 auf 4,3 vH erhöht und die Beiträge zur Rentenversicherung um einen halben Prozentpunkt auf 18,7 vH gesenkt.

Der Verfall des US-Dollars und die niedrigeren Zinsen haben den Bundesbankgewinn merklich geschmälert. Entsprechend wird die Gewinnabführung an den Bundeshaushalt niedriger ausfallen als 1986. Im Bundeshaushaltsplan ist ein Betrag von 7 Mrd. DM (1986: 12,5 Mrd. DM) eingesetzt. Die Ablieferung der Bundespost erhöht sich dagegen noch geringfügig (auf knapp 5 Mrd. DM).

Privater Verbrauch: Wichtigste Konjunkturstütze

Die Erwartung eines weiteren Anstiegs von gesamtwirtschaftlicher Produktion und Beschäftigung im Laufe dieses Jahres muß sich beim Fehlen expansiver Einflüsse aus dem Ausland auf eine positive Entwicklung der Inlandsnachfrage gründen. Privater Verbrauch und Investitionen müssen also die Schrittmacherrolle für die Konjunktur allein übernehmen. Für den privaten Verbrauch

Steuereinnahmen des Staates¹⁾

	1985	1986	1987
in Mrd. DM			
Direkte Steuern	229,7	238,5	250,0
Lohnsteuer	147,6	152,5	164,0
Einkommensteuer	28,6	29,5	29,5
Körperschaftsteuer	31,8	33,5	33,5
Vermögensteuer	4,3	4,5	4,5
Sonstige direkte Steuern	17,4	18,5	18,0
Indirekte Steuern	229,8	237,0	245,0
Steuern vom Umsatz	109,8	112,5	117,0
Gewerbsteuer	30,8	32,0	34,0
Tabaksteuer	14,5	14,5	15,0
Branntweinsteuer	4,2	4,0	4,0
Mineralölsteuer	24,5	25,5	26,0
Kfz-Steuer	7,4	9,5	8,5
Sonstige indirekte Steuern	38,7	39,0	40,5
Steuern insgesamt	459,5	475,5	495,0
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr			
Direkte Steuern	7,8	4,0	4,5
Lohnsteuer	8,3	3,5	7,5
Einkommensteuer	8,3	4,0	0,0
Körperschaftsteuer	21,0	6,0	- 0,5
Vermögensteuer	- 4,6	0,0	9,5
Sonstige direkte Steuern	- 11,0	6,5	- 2,5
Indirekte Steuern	1,6	3,0	3,5
Steuern vom Umsatz	- 0,6	2,5	4,0
Gewerbsteuer	8,6	4,5	5,5
Tabaksteuer	0,2	1,5	1,0
Branntweinsteuer	- 2,0	- 1,0	0,0
Mineralölsteuer	2,0	4,5	1,0
Kfz-Steuer	0,9	26,5	- 9,5
Sonstige indirekte Steuern	3,4	1,0	4,0
Steuern insgesamt	4,6	3,5	4,0
¹⁾ Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; Aufteilung nach Steuerarten kassenmäßig. <i>Quellen:</i> 1985 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des Bundesministeriums der Finanzen, 1986 Schätzungen des DIW, 1987 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.			

Der Anteil der Ersparnis am verfügbaren Einkommen — die Sparquote — wird gegenüber 1986 vermutlich etwas sinken, denn im Vorjahr haben nicht vorauskalkulierte Einsparungen bei wichtigen Ausgabenarten, insbesondere bei den Mineralölprodukten und anderen Energieträgern, zu ungeplanten Einnahmenüberschüssen geführt, über die die privaten Haushalte in der nächsten Zeit disponieren werden. Die Ausgaben für den privaten Verbrauch werden damit sogar etwas rascher als im vergangenen Jahr expandieren.

Da kaum noch mit importierten Preissenkungen zu rechnen ist, wird der im Inland angelegte Preisauftrieb wieder stärker durchschlagen. Dabei wird es im Durchschnitt dieses Jahres — vor allem, da aus technischen und administrativen Gründen noch Preissenkungen im Gefolge der Energiepreisentwicklung von 1986 zu erwarten sind — insgesamt aber nur zu einem geringen Preisanstieg (etwa 1 vH) kommen. Der private Verbrauch wird somit dem Volumen nach um 3 vH zunehmen, gegenüber 4 vH im Jahre 1986.

Im Jahresverlauf wird das Tempo nur wenig schwanken. Zwar ist für den Jahresbeginn — wegen der auf das Jahresende 1986 vorgezogenen Autokäufe — mit einer Verlangsamung zu rechnen. Danach wird das Expansionstempo aber etwa bei 2 vH laufender Jahresrate liegen. Wegen des stufenweisen Wegfalls der steuerlichen Vergünstigungen beim Kauf von schadstoffarmen Pkw werden Autokäufe bei Kaufentscheidungen weiter im Vordergrund stehen. Im Zusammenhang mit der leichten Erholung im Wohnungsbau werden 1987 wohl auch wieder vermehrt Einrichtungsgegenstände und andere dauerhafte Konsumgüter gekauft werden.

Noch relativ kräftiges Wachstum der Anlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen werden insgesamt in diesem Jahr etwa ebenso stark steigen wie im Vorjahr, nämlich um annähernd 3,5 vH. Unterschiedlich wird hierbei die Tempoveränderung bei Bauinvestitionen und Ausrüstungsinvestitionen sein.

Für die *Ausrüstungsinvestitionen* zeichnet sich eine weitere Verlangsamung der Aufwärtsentwicklung ab. Die für eine Prognose verfügbaren Indikatoren und Informationen sind jedoch sehr widersprüchlich; insgesamt zeigen sie vor allem das hohe Prognoserisiko: Die Investitionspläne der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, die das Ifo-Institut, München, im Herbst erfragt hat, weisen zwar auf eine steigende Investitionsbereitschaft hin, wenngleich auch in diesen Plänen eine Abschwächung des Anstiegs signalisiert wird. Diese Planungen betreffen aber die Anlageinvestitionen insgesamt.

Im Vergleich zum Vorjahr dürfte 1987 allerdings ein größerer Anteil der geplanten zusätzlichen Anlageinvestitionen auf Bauten entfallen, so daß sich aus den Pla-

sind die Aussichten, daß er dieser Rolle gerecht wird, nicht ungünstig.

Die verfügbaren Einkommen dürften im Jahresdurchschnitt mit 4 vH nur wenig schwächer steigen als im Vorjahr. Zwar wird sich die Zunahme der Nettolohn- und -gehaltsumme, die 1986 5,5 vH betragen hat, auf etwa 3 vH abschwächen, weil sowohl die Beschäftigtenzahl als auch die Effektivlöhne je Stunde verlangsamt expandieren werden und zudem die Lohnsteuer wieder einen höheren Anteil von den Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer beanspruchen wird. Doch werden die leicht verstärkte Zunahme der empfangenen Übertragungen und erhöhte entnommene Gewinne hier zu einem gewissen Ausgleich führen.

Anlageinvestitionen

	1985	1986	1987	1986		1987	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)	Absolute Werte						
Bauten	205,5	212,5	223,5	95,3	117,5	101,0	122,5
Staat	36,4	39,0	41,5	16,6	22,5	17,5	23,5
Wohnbauten	102,0	101,0	104,5	46,4	55,0	48,0	56,0
Wirtschaftsbauten	67,1	72,5	78,0	32,3	40,0	35,5	42,5
Ausrüstungen	153,9	164,5	173,0	74,5	90,0	76,5	97,0
Anlageinvestitionen insgesamt	359,3	377,0	396,5	169,8	207,5	177,5	219,5
Staat	42,1	45,0	48,0	18,9	26,5	20,0	28,0
Unternehmen	317,2	332,0	349,0	150,9	181,0	157,5	191,5
Zu Preisen von 1980 (Mrd. DM)							
Bauten	183,4	186,5	192,0	83,8	102,5	87,0	105,0
Staat	33,9	35,5	37,0	15,2	20,5	16,0	21,0
Wohnbauten	88,1	86,0	87,0	39,5	46,5	40,5	46,5
Wirtschaftsbauten	61,4	65,0	68,0	29,1	36,0	31,0	37,0
Ausrüstungen	130,5	138,5	143,5	62,8	75,5	63,5	80,0
Anlageinvestitionen insgesamt	313,9	325,0	335,5	146,6	178,0	150,5	185,0
Staat	38,8	41,0	42,0	17,1	23,5	18,0	24,5
Unternehmen	275,2	284,0	293,5	129,5	154,5	133,0	160,5
Preisentwicklung (1980 = 100)							
Bauten	112,0	114,0	116,5	113,7	114,0	116,0	117,0
Staat	107,4	109,5	112,0	109,1	109,5	111,5	112,0
Wohnbauten	115,8	117,5	120,0	117,4	118,0	119,5	120,5
Wirtschaftsbauten	109,2	111,5	114,5	111,0	112,0	114,0	115,0
Ausrüstungen	117,9	119,0	120,5	118,7	119,5	120,5	121,0
Anlageinvestitionen insgesamt	114,5	116,0	118,5	115,8	116,5	118,0	118,5
Staat	108,7	111,0	113,5	110,5	111,0	113,0	114,0
Unternehmen	115,3	117,0	119,0	116,5	117,0	118,5	119,5
Zu jeweiligen Preisen	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr						
Bauten	-5,3	3,5	5,0	2,7	4,0	6,0	4,5
Staat	-0,6	7,0	6,0	7,9	6,5	6,5	5,5
Wohnbauten	-9,3	-1,0	3,0	-1,9	0,0	4,0	2,5
Wirtschaftsbauten	-1,4	8,0	7,5	7,2	9,0	9,0	6,5
Ausrüstungen	11,8	7,0	5,0	8,6	5,5	2,5	7,5
Anlageinvestitionen insgesamt	1,3	5,0	5,0	5,2	5,0	4,5	5,5
Staat	0,9	7,5	6,0	8,2	6,5	6,5	5,5
Unternehmen	1,4	4,5	5,0	4,8	4,5	4,5	6,0
Zu Preisen von 1980							
Bauten	-6,2	1,5	3,0	1,1	2,5	4,0	2,0
Staat	-1,6	5,0	3,5	5,9	4,5	4,5	3,0
Wohnbauten	-10,5	-2,5	1,0	-3,4	-1,5	2,0	0,5
Wirtschaftsbauten	-2,0	6,0	5,0	5,1	6,5	6,5	3,5
Ausrüstungen	9,4	6,0	4,0	4,9	4,5	1,0	6,0
Anlageinvestitionen insgesamt	-0,3	3,5	3,5	3,8	3,0	2,5	3,5
Staat	-0,4	5,0	3,5	6,2	4,5	4,0	3,0
Unternehmen	-0,3	3,0	3,5	3,5	3,0	2,5	4,0
Preisentwicklung (1980 = 100)							
Bauten	0,9	1,5	2,0	1,6	2,0	2,0	2,5
Staat	1,0	2,0	2,0	1,8	2,0	2,0	2,5
Wohnbauten	1,4	1,5	2,0	1,5	1,5	2,0	2,0
Wirtschaftsbauten	0,6	2,0	2,5	1,9	2,5	2,5	2,5
Ausrüstungen	2,3	1,0	1,5	0,9	1,0	1,5	1,5
Anlageinvestitionen insgesamt	1,6	1,5	2,0	1,3	1,5	1,5	2,0
Staat	1,4	2,0	2,5	1,9	2,0	2,0	2,5
Unternehmen	1,7	1,5	2,0	1,3	1,5	1,5	2,0

Quellen: 1985 und erstes Halbjahr 1986 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1986 Schätzungen des DIW; 1987 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte und Veränderungsdaten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

nungen eine Abschwächung im Anstieg der Ausrüstungs-investitionen bestimmen läßt, die größer ist als bei den Anlageinvestitionen. Auch in anderen Bereichen sollen die Anlageinvestitionen weiter erhöht werden, so im Handel und erstmals nach einer Reihe von Jahren auch im Baugewerbe.

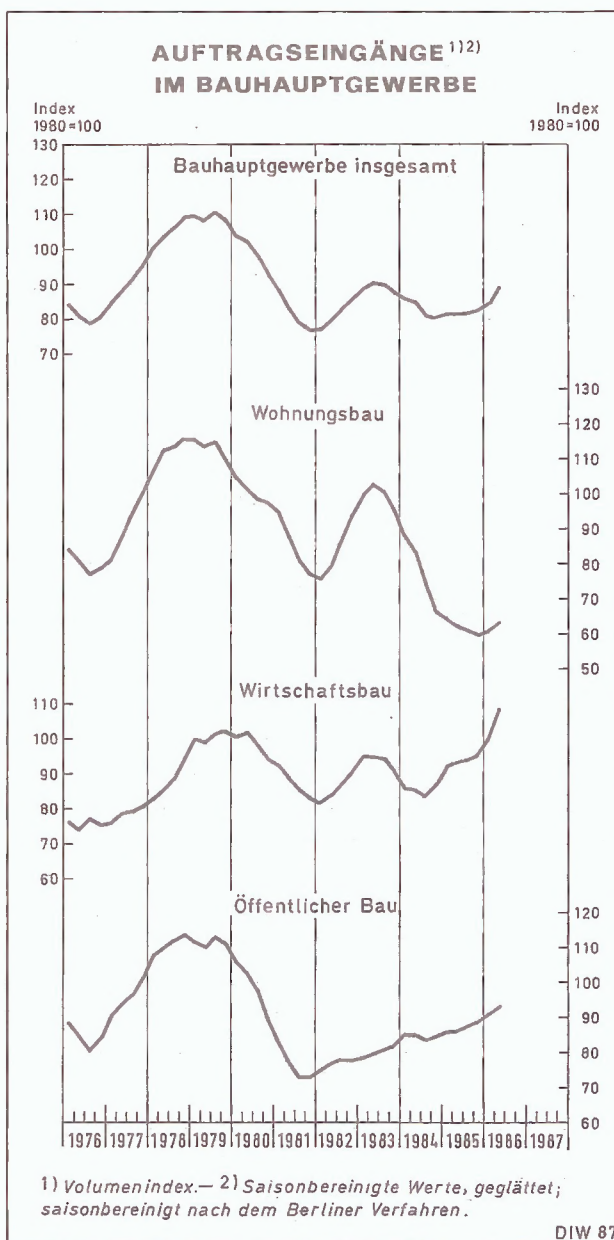
Im Kontrast zu den vorliegenden Investitionsplänen weist die Entwicklung der Auftragseingänge aus dem Inland nicht auf steigende, sondern auf sinkende Ausrüstungs-investitionen hin. Bei den wichtigsten Herstellern, dem Maschinenbau und der elektrotechnischen Industrie, haben die Inlandsaufträge seit Mitte vorigen Jahres saisonbereinigt spürbar abgenommen. Eine Investitionsprognose, die sich überwiegend auf diesen Indikator stützt, würde eine negative Entwicklung der Ausrüstungen ergeben. Allerdings wäre hier zu bedenken, daß die Investoren gegenwärtig aus preislichen Gründen ihre Investitionsgüter verstärkt im Ausland erwerben, der Auftrags-eingang bei den inländischen Herstellern die Investitions-neigung also unterzeichnet.

Insgesamt dürfte sich die Steigerung der realen Ausrüstungs-investitionen, die 1985 noch über 9 vH betragen hatte und im letzten Jahr auf rund 6 vH gefallen ist, weiter, auf etwa 4 vH, abschwächen. Es ist zu betonen, daß diese Vorausschätzung unter den oben beschriebenen Bedingungen als optimistisch anzusehen ist.

Die realen *Bauinvestitionen* werden in diesem Jahr mit einem Plus von etwa 3 vH doppelt so stark wie 1986 expandieren. Die Beschleunigung ergibt sich allein aus der Tendenzumkehr beim Wohnungsbau: Statt eines Rückgangs ist für dieses Jahr hier ein geringfügiger Anstieg zu erwarten. Allerdings deuten der Verlauf der Auftragseingänge und die relativ geringe Höhe des Auftragsbestands im Wohnungsbau darauf hin, daß es sich lediglich um eine Erholung handelt, nicht um den Beginn einer längerfristigen Aufwärtsbewegung.

Im *Wirtschaftsbau* wird sich die relativ kräftige Aufwärtsentwicklung, die schon 1985 eingesetzt hatte, in diesem Jahr mit nur wenig verringertem Tempo fortsetzen. Neben Erweiterungsinvestitionen, die im privaten Unternehmenssektor aufgrund der günstiger gewordenen Absatz- und Finanzierungsbedingungen schon vor einiger Zeit eingeleitet worden sind und nun auch bei verschlechterten konjunkturellen Perspektiven weitergeführt werden, spielen nach wie vor die Deutsche Bundesbahn und die Bundespost mit ihren steigenden Investitionen eine Rolle. Zu erwähnen ist, daß im Unternehmensbereich neben der Nachfrage nach kapazitätserweiternden Bauten der Bedarf an Umweltschutzinvestitionen wachsende Bedeutung gewinnt und damit ein relativ konjunktur-unabhängiges Element in die Investitionsplanungen einfließt.

Der Anstieg der *öffentlichen Investitionen* dürfte auch in diesem Jahr anhalten. Der Auftragseingang beim Bauhauptgewerbe aus diesem Bereich hat sich bis weit über die Mitte letzten Jahres hinaus kräftig beschleunigt.



Dabei hat auch die Vergabe von Aufträgen im Hochbau, die bis vor einem Jahr niedrig geblieben war, eine Rolle gespielt. Getragen wird der Anstieg der öffentlichen Investitionen weiterhin von den Gemeinden. Angesichts des hohen Ersatz- und Nachholbedarfs bei den gemeindlichen Investitionen und des nach wie vor relativ niedrigen Niveaus dieser Investitionen ist es befremdlich, daß die Gemeinden nun schon wieder davor gewarnt werden, die vom Finanzplanungsrat gesetzte Begrenzung der Ausgabensteigerungen zu überschreiten.

Im Investitionsbereich insgesamt wird die Preisentwicklung auch in diesem Jahre ruhig bleiben. Bei den Ausrüstungs-investitionen spielt der wachsende Anteil importierter Investitionsgüter, die nach der erheblichen Aufwertung der D-Mark zu relativ niedrigen Preisen eingekauft

Finanzierung der Bruttoinvestitionen der Unternehmen

	1985	1986	1987	1986		1987	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
in Mrd. DM							
Fremdmittel	57,1	36,0	60,5	19,1	17,0	21,5	39,0
Private Haushalte	115,0	123,5	125,5	60,9	62,5	63,5	61,5
Staat	-19,8	-18,5	-23,5	-10,3	-8,5	-13,5	-9,5
Übrige Welt	-38,1	-69,0	-41,5	-31,5	-37,5	-28,5	-13,5
Eigenmittel	267,6	304,5	297,5	150,5	154,0	150,5	147,0
Abschreibungen	217,7	225,5	235,5	111,9	114,0	116,5	119,0
Nichtentnommene Gewinne	5,2	34,5	17,0	19,2	15,5	14,0	3,0
Saldo der Vermögensübertragungen	44,7	44,0	45,0	19,4	24,5	20,0	25,0
Bruttoinvestitionen	324,7	340,5	358,0	169,6	171,0	172,0	185,5
Anlageinvestitionen	317,2	332,0	349,0	150,9	181,0	157,5	191,5
Vorratsveränderung	7,5	8,5	9,0	18,7	-10,0	14,5	-6,0
Nachrichtlich:							
Selbstfinanzierungsquote in vH	82,4	89,5	83,0	88,7	90,0	87,5	79,0
Veränderung in Mrd. DM gegenüber Vorjahr							
Fremdmittel	-4,5	-21,0	+24,5	-12,3	-9,0	+2,5	+22,0
Private Haushalte	+4,1	+8,5	+2,0	+2,3	+6,5	+3,0	-1,0
Staat	+13,8	+1,0	-4,5	+4,2	-3,0	-3,5	-1,5
Übrige Welt	-22,4	-31,0	+27,5	-18,8	-12,0	+3,0	+24,0
Eigenmittel	+11,2	+37,0	-7,0	+19,5	+17,5	-0,0	-7,0
Abschreibungen	+8,8	+8,0	+9,5	+3,9	+4,0	+4,5	+5,0
Nichtentnommene Gewinne	+1,9	+29,5	-17,5	+16,2	+13,5	-5,5	-12,5
Saldo der Vermögensübertragungen	+0,5	-0,5	+1,0	-0,6	-0,0	+0,5	+0,5
Bruttoinvestitionen	+6,7	+16,0	+17,5	+7,2	+8,5	+2,5	+15,0
Anlageinvestitionen	+4,3	+15,0	+17,0	+6,9	+8,0	+6,5	+10,5
Vorratsveränderung	+2,4	+1,0	+0,5	+0,3	+0,5	-4,0	+4,5
<i>Quellen:</i> 1985 und erstes Halbjahr 1986 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; zweites Halbjahr 1986 Schätzungen des DIW; 1987 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.							

werden können, eine Rolle. Daß auch der Preisanstieg bei den Bauten nur wenig höher als im Vorjahr ausfallen dürfte, erklärt sich aus dem bei unterausgelasteten Kapazitäten anhaltend intensiven Wettbewerb in diesem Sektor.

Weiterer Abbau der außenwirtschaftlichen Überschüsse

Von der bisher schon starken und wohl weitergehenden Aufwertung der D-Mark wird die reale Wareneinfuhr auch in diesem Jahre stimuliert. Die Preise importierter Waren waren zuletzt um 20 vH niedriger als ein Jahr zuvor, und sie werden auch 1987 niedrig bleiben. Allerdings wird der Anstieg des Warenimports nicht so stark sein, wie noch vor wenigen Monaten allgemein angenommen worden ist, denn mit der verlangsamten Konjunktur geht der Bedarf an Einfuhrgütern relativ zurück. Dies betrifft vor allem einen großen Teil der Industrierohstoffe und der Halbwaren, die bei einem Anstieg der Industrieproduktion um allenfalls 1,5 vH kaum verstärkt importiert werden dürften. Hinzu kommt hier, daß auch spekulative Anreize zur Auffüllung der Rohstoffläger nicht vorliegen werden. Zu

einem hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleibenden Warenimport trägt bei, daß es angesichts stagnierenden Warenexports keinen Importmehrabbedarf für die Erzeugung von Exportgütern gibt. Die Importentwicklung wird sich daher fast ganz auf die — expandierende — inländische Nachfrage und hier insbesondere auf die nach Fertigwaren gründen.

Insgesamt dürfte die reale Wareneinfuhr 1987 um 4 vH steigen. Anders als im Vorjahr werden die Ausgaben für diese Importe mit der gleichen Rate zunehmen. Der reale Außenbeitrag, der 1985 mit fast 80 Mrd. DM seinen bisherigen Spitzenwert erreicht hatte, wird 1987 nur noch halb so groß sein. Nominal wird der Außenbeitrag, der sich aufgrund der Terms of Trade-Gewinne 1986 noch kräftig erhöht hat, nun deutlich sinken. In der Leistungsbilanz wird der Überschuß auf rund 45 Mrd. DM zurückgehen, nach mehr als 70 Mrd. DM im vergangenen Jahr.

Nur noch geringer Anstieg des Bruttosozialprodukts

Das reale Bruttosozialprodukt wird im Durchschnitt dieses Jahres nur noch um etwa 1,5 H höher sein als im Vorjahr. Damit werden viele Hoffnungen auf einen unge-

brochenen Anstieg der wirtschaftlichen Aktivitäten enttäuscht werden. Es muß jedoch daran erinnert werden, daß vieles von der realen Expansion, die im Verlauf des vierjährigen Aufschwungs erzielt werden konnte, günstigen Einflüssen aus dem Ausland zu verdanken war. Bis in das Jahr 1985 hinein war es bei einer lange Zeit unterbewerteten D-Mark die Warenausfuhr, die die Produktionskapazitäten im Inland beschäftigte. 1986 wurde der Exportimpuls abgelöst durch den Impuls stark gesunkener Einfuhr- und insbesondere Ölpreise, mit denen die reale Kaufkraft der Haushalte gestärkt und die Unternehmensgewinne erhöht worden sind. Im laufenden Jahr fällt der Export als Motor weiterhin aus, und der Transfer realer Kaufkraft aus dem Ausland hat nur noch geringe Bedeutung.

Das niedrige gesamtwirtschaftliche Wachstum ist damit rein rechnerisch allein der Exportentwicklung zuzuschreiben; die Komponenten der Inlandsnachfrage werden zwar ebenfalls abgeschwächt expandieren, doch ist diese Tempoänderung von +4 auf +3 vH moderat. Knapp die Hälfte des Zuwachses der Inlandsnachfrage kommt allerdings über verstärkte reale Importe ausländischen Anbietern zugute. Ein günstigeres gesamtwirtschaftliches Ergebnis als hier prognostiziert ließe sich damit in diesem Jahre nur erreichen, wenn die inländische Nachfrage wirtschaftspolitisch angeregt würde. Da Bereitschaft hierfür nicht zu erkennen ist, muß das schwache Wachstum wohl als das genommen werden, was es ist: Ergebnis einer Entwicklung, bei der das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht vermindert wird, zugleich aber Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland beeinträchtigt werden.

Konjunkturrell steht hinter der Wachstumsrate des Sozialprodukts, daß sich nach dem Abklingen der negativen Einflüsse vom Export im Verlauf dieses Jahres wieder die von der Entwicklung der Inlandsnachfrage ausgehenden Kräfte durchsetzen werden: Konjunkturrell steigt das reale Sozialprodukt dann von Quartal zu Quartal mit einer laufenden Jahresrate von etwa 2 vH.

Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes wird 1987 etwa ebenso stark wie das Sozialprodukt erhöht werden. Die Abschwächung ist hier aber größer als beim Sozialprodukt, denn im Vorjahr konnte das verarbeitende Gewerbe seine Produktion noch um 3 vH steigern. Am meisten trifft diese Abschwächung das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, das zuvor auch vom Exportboom am meisten profitiert hatte. Erstaunlich gut hat sich trotz des erheblich verschärften ausländischen Wettbewerbs im Zusammenhang mit der D-Mark-Aufwertung die Produktion in einigen Zweigen des Grundstoffbereichs halten können. Die Erklärung ergibt sich daraus, daß Zweige wie die chemische Industrie auf ihrer Kostenseite durch die Ölverbilligung auch besonders stark entlastet worden sind, sie also in ihrer Wettbewerbsposition durchaus nicht so stark betroffen sind, wie es die Wechselkursveränderung andeutet.

Entwicklung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	1985	1986	1987
Nettoproduktion ¹⁾			
Bergbau	0,9	-5,0	-4,0
Verarbeitendes Gewerbe	5,0	3,0	1,5
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	0,8	-1,0	0,5
Investitionsgüter prod. Gewerbe	9,6	5,0	2,0
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	0,7	2,5	2,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,5	2,0	1,5
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	4,8	2,5	1,5
Weitere Kennziffern			
Beschäftigte Personen	1,4	2,0	0,5
Arbeitszeit	-0,6	-1,0	-1,0
Arbeitsvolumen	0,8	1,0	-0,5
Produktivität	4,3	1,5	2,0
Lohnsumme	5,5	7,0	4,5
Effektiver Lohnsatz	4,7	5,5	5,0
Lohnstückkosten	0,4	4,0	3,0

¹⁾ Kalendermonatlich, 1980 = 100.

Quellen: 1985 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des DIW; 1986 Schätzung des DIW; 1987 Prognose des DIW. Prognostizierte Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Arbeitsmarkt: Probleme nehmen wieder zu

Von der Abschwächung des Produktionsanstiegs bleibt die Beschäftigungsentwicklung nicht unberührt. Dies hat sich schon seit Spätsommer vergangenen Jahres bemerkbar gemacht, als in der Industrie mit dem verminderten Anstieg der Produktion auch die Zahl der Neueinstellungen zurückging. Wie stark das Einstellungsverhalten der Unternehmen auf die abgeschwächte Produktionsausweitung weiterhin reagieren wird, ist allerdings noch nicht genauer zu sagen. Je nach Einschätzung über die Dauer der Schwächephase werden die Unternehmen an ihrem bisherigen Einstellungsverhalten festhalten oder zumindest damit beginnen, ausscheidende Mitarbeiter nicht mehr zu ersetzen. Im wesentlichen wird sich die Abschwächung der Beschäftigungsexpansion auf die Industrie erstrecken. Diejenigen Wirtschaftsbereiche, die vorwiegend von der Entwicklung der inländischen Nachfrage abhängen und deshalb auch keiner wechselkursbedingten Belastung der Nachfrage nach ihren Leistungen entgegensehen müssen, werden dagegen weiterhin zusätzliche Mitarbeiter einstellen. Zu diesen Bereichen gehört neben den privaten Dienstleistungen vor allem auch der Bausektor, der im Unterschied zu den vergangenen Jahren seine Beschäftigtenzahl etwas aufstocken wird.

Insgesamt wird in diesem Jahr die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer noch einmal um etwa 140 000 gegenüber dem Vorjahr steigen. Gestützt wird die Zahl der statistisch ausgewiesenen Beschäftigten dadurch, daß die Unternehmen vermehrt kurzarbeiten und Überstunden abbauen. Die im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft ge-

Arbeitsmarkt¹⁾

	1985	1986	1987	1986		1987	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
in 1 000 Personen							
Erwerbspersonen ²⁾	27 846	28 025	28 120	27 955	28 095	28 040	28 200
Erwerbstätige	25 542	25 800	25 945	25 589	26 010	25 790	26 100
Abhängig Beschäftigte	22 248	22 490	22 625	22 282	22 700	22 470	22 780
Selbständige u. mith. Familienangeh.	3 294	3 310	3 320	3 307	3 310	3 320	3 320
Arbeitslose	2 304	2 225	2 175	2 366	2 090	2 250	2 100
Nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³⁾ in vH	9,4	9,0	8,5	9,6	8,5	9,0	8,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Erwerbspersonen ²⁾	0,8	0,5	0,5	0,8	0,5	0,5	0,5
Erwerbstätige	0,7	1,0	0,5	1,0	1,0	1,0	0,5
Abhängig Beschäftigte	0,8	1,0	0,5	1,1	1,0	1,0	0,5
Selbständige u. mith. Familienangeh.	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5

1) Inländerkonzept. — 2) Erwerbstätige plus Arbeitslose. — 3) Bezogen auf die Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose).
Quellen: 1985 und erstes Halbjahr 1986 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und der Bundesanstalt für Arbeit;
zweites Halbjahr 1986 Schätzungen des DIW; 1987 Prognose des DIW. Geschätzte und prognostizierte absolute Werte
und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

leistete individuelle Arbeitszeit geht vor allem aus diesen Gründen um 1,3 vH zurück. Insgesamt führt die zu erwartende Zunahme der Beschäftigung nicht zu einer Vergrößerung des Arbeitsvolumens. Dieses wird vielmehr um 0,3 vH sinken. Zudem entfällt ein Drittel des Anstiegs der Beschäftigung auf Ersatzeinstellungen in Verbindung mit dem neuen Erziehungsurlaub. Gesamtwirtschaftlich handelt es sich hierbei um Doppelzählungen, da sowohl die als Ersatz eingestellten Personen als auch diejenigen, die den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, in der Statistik als beschäftigt gezählt werden. Bei den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen wird sich die seit drei Jahren zu beobachtende Aufwärtstendenz fortsetzen.

Die Abschwächung der Beschäftigtenzunahme wird sich allerdings nur teilweise — das Ausmaß ist nur schwer einzuschätzen — in einer entsprechenden Verminderung beim Abbau der Arbeitslosigkeit auswirken. Möglicherweise wird auch die stille Reserve, die in den beiden letzten Jahren geschrumpft ist, wieder zunehmen. Eine erhebliche Rolle spielt hier der Qualifikationsgrad der um einen Arbeitsplatz konkurrierenden Arbeitnehmer. Unter günstigen Annahmen wird die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt dieses Jahres um 50 000 sinken und dann 2,18 Mill. betragen; die Arbeitslosenquote ist dann erstmals seit vier Jahren niedriger als 9 vH.

Weiterhin hohe Preisstabilität

Mit dem Ausklingen des Wechselkurs- und Ölpreisbedingten Rückgangs der Importpreise werden die Verbraucherpreise in der kommenden Zeit kaum noch sinken.

Vielmehr wird sich der Auftrieb inländischer Kosten und der Güterpreise, die hauptsächlich von diesen abhängig sind, auch in der Entwicklung der Verbraucherpreise widerspiegeln; ihr Niveau wird wieder nach oben tendieren. Allerdings wird dabei auch 1987 ein hohes Maß an Preisstabilität erhalten bleiben. Auf einen Rückgang von 0,5 vH im Jahresdurchschnitt 1986 folgt ein geringfügiger Anstieg von etwa 1 vH.

Beim Deflationierungsfaktor des Bruttosozialprodukts hat sich im vergangenen Jahr das Sinken der Einfuhrpreise nicht dämpfend, sondern steigernd ausgewirkt. Er erhöhte sich mit fast 3,5 vH deutlich stärker als im Jahr davor. Der Grund hierfür liegt darin, daß mit dem Deflationierungsfaktor nicht Güter-, sondern Faktorpreise gemessen werden. Soweit die Rückgänge der Einfuhrpreise nicht sofort durch entsprechende Reduzierung der Endverbraucherpreise weitergegeben worden sind, wirkten sie gewinnsteigernd. So bedingte Gewinnerhöhungen werden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Verteuerung der Produktionsfaktoren Kapital und Unternehmerleistung bewertet.

In diesem Jahre folgt daraus — bei der erwarteten Entwicklung der Importpreise — ein nur noch geringfügiger Anstieg des Deflationierungsfaktors von reichlich 1 vH und für die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wohl ein ebenfalls geringfügiger Rückgang gegenüber dem hohen Niveau vom Vorjahr. Die Gewinnsituation bleibt für die Investoren dennoch günstig.

Das reale Sozialprodukt und sein Preisindex werden damit in diesem Jahr relativ wenig steigen. Das nominale Sozialprodukt wird im Durchschnitt 1987 nur um etwa 3 vH höher sein als im Vorjahr.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Bei der labilen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stellt sich die Frage nach einer angemessenen Orientierung der zentralen Bereiche der Wirtschaftspolitik in größerer Schärfe:

- Kann die Konsolidierung des Staatshaushalts fortgesetzt werden, oder muß die Stimulierung der inländischen Nachfrage in den Vordergrund treten?
- Können die Lohnvereinbarungen im Jahre 1987 Anschluß halten an die Abschlüsse im Vorjahr, oder ist der veränderten Preis- und Konjunktursituation Rechnung zu tragen?
- Darf die Geldmengenexpansion, nur weil sie den Zielpfad der Bundesbank 1986 deutlich überschritten hat, stark gebremst werden, oder muß die Bundesbank in bestimmten Fällen bereit sein, eine erneute Zielüberschreitung zu tolerieren?

Diese Fragen sind nicht unabhängig voneinander zu beantworten. Die Wirkung einer bestimmten geldpolitischen Strategie beispielsweise kann nicht ohne Berücksichtigung der Höhe der Tariflohnabschlüsse beurteilt werden; die Effizienz der Finanzpolitik ist abhängig von der geldpolitischen Datensetzung. Zudem müssen die außenwirtschaftlichen Risiken in Betracht gezogen werden. All dies ist für das Jahr 1987 von größerer Bedeutung als in Jahren mit geringeren gesamtwirtschaftlichen Gefahren.

Während Finanz- und Lohnpolitik 1986 auf der Linie geblieben sind, die man allgemein von ihnen erwartet hatte, muß die Geldpolitik mit der scheinbaren Hypothek der Überschreitung ihres Zielkorridors zurechtkommen. Ihre weitere Strategie kann also nicht losgelöst von der jüngsten Vergangenheit analysiert werden. Mit dem bloßen Hinweis auf die Abweichung vom Zielpfad und die sich daraus ergebenden „Gefahren“ ist es — wie schon weiter oben gesagt — nicht getan.

Niemand kann heute vorhersagen, ob und wie sich die Geldnachfrage im laufenden Jahr verändern wird. Von geringem Gewicht für praktische Entscheidungen ist die Frage, ob es sich bei den zu beobachtenden Änderungen um dauerhafte oder nur kurzfristige Verschiebungen der Geldnachfrage handelt. Die Geldpolitik muß in jedem Fall eine Konstellation von steigenden Zinsen im Inland und — u.U. dadurch ausgelöst — noch stärkerer Aufwertung der D-Mark vermeiden. Jede dieser Veränderungen für sich genommen könnte die zu erwartende labile Aufwärtsbewegung zum Stillstand bringen —, beide zusammen würden mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer rezessiven Entwicklung führen.

Vielfach wird befürchtet, die Zinsen müßten 1987 schon deshalb steigen, weil die Geldpolitik 1986 ihr Ziel stark überschritten hat, denn es könnten sich Inflationserwartungen gebildet haben, die zu spürbarer Zurückhaltung der Anleger führen. Dieses Argument ist keineswegs zwingend. Denn sollte die Geldnachfrage tatsächlich nur kurzfristig verstärkt gestiegen sein und nun über diesen

„Überhang“ disponiert werden, sinken bei einer dem neu gesetzten Ziel entsprechenden Expansion der Zentralbankgeldmenge die Zinsen, und/oder die Güternachfrage steigt. Beides wäre konjunkturell zu begrüßen und erhöhte keineswegs „automatisch“ die Inflationsrate. Allerdings könnte die Bundesbank in einem solchen Falle sogar versucht sein, ihr Geldmengenziel zu unterschreiten („das überschüssige Geld einzusammeln“), ohne Zinserhöhungen hervorzurufen. Konjunkturell wäre dies jedoch unerwünscht, da die Geldpolitik auf Zinssenkungen hinwirken sollte. Ist die Geldnachfrage dagegen dauerhaft gestiegen, dann ist das Geldmengenwachstum im vergangenen Jahr ohnehin kein geeigneter Indikator für etwa entstandenes Inflationspotential.

Nicht unwahrscheinlich ist also eine Konstellation, bei der die Zinsen sinken und sich der Zuwachs des Geldangebots ohne weiteres Dazutun normalisiert. Sicher ist das aber nicht, und deshalb sollte nicht dieses — von der Bundesbank erhoffte — Szenario die Handlungsweise der Geldpolitik bestimmen, sondern das Bemühen, den großen Risiken der weiteren Entwicklung, die vor allem in einem Abgleiten des Dollarkurses und in länger anhaltenden hohen Realzinsen begründet sind, entgegenzutreten.

Die Stabilisierung der Währungsrelationen zwischen den wichtigsten Industrieländern in den letzten Wochen vergangenen Jahres, zum Teil Folge von Interventionen der Zentralbanken, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß am Devisenmarkt jederzeit neue spekulative Wellen entstehen können, die mit erheblichen Gefahren für den Warenverkehr der Welt im allgemeinen und die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik im besonderen verbunden sind. Die reale Aufwertung der D-Mark gegenüber den wichtigsten Währungen beträgt seit Frühjahr 1985 fast 10 vH und ist damit die stärkste Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsposition der Wirtschaft in einem so kurzen Zeitraum seit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen. Eine weitere deutliche DM-Aufwertung würde selbst die Erholung des Exports gefährden, die in dieser Prognose für den Verlauf im Jahre 1987 unterstellt worden ist. Eine Zinssteigerung in der Bundesrepublik würde zwar nicht automatisch eine solche Entwicklung nach sich ziehen, sie würde aber die Wahrscheinlichkeit des Eintretens und damit die Risiken für den deutschen Export deutlich erhöhen.

Die Entwicklung des Realzinses wird entscheidend von den Weichenstellungen in der Lohnpolitik mitbestimmt. Bei stabilen Nominalzinsen entscheidet die Preissteigerungsrate, die von den Lohnabschlüssen mitgeprägt wird, darüber, welche reale Rendite die Anleger erwarten.

Die Lohnpolitik befindet sich 1987, nach dem starken Anstieg der Reallöhne im Vorjahr, in einer äußerst schwierigen Situation. Selbst wenn man von den Problemen der Einigung auf weitere Arbeitszeitverkürzungen absieht, gilt: Schon der aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zur Verfügung stehende Verteilungsspielraum ist nicht eindeutig bestimmt. Erste Orientierungsgröße ist der Produktivitätsfortschritt, der im Durchschnitt auf 2 vH zu veranschlagen

ist. Die Einbeziehung einer Rate von mehr als 1 vH als Ausgleich für zu erwartende Preissteigerungen ist in diesem Jahr nicht gerechtfertigt; auch wenn die Preisrate in den nächsten Monaten nahe Null liegen wird, ist im Jahresdurchschnitt mit einer Rate von 1 vH zu rechnen. Bezöge man eine höhere Inflationsrate in die Tarifabschlüsse ein, würde diese u.U. erst dadurch Realität werden. Die größte Gefahr ginge hier von den zu erwartenden Reaktionen der Geldpolitik aus.

Fraglich ist, ob aus der Gewinnentwicklung in den letzten Jahren Umverteilungsspielraum entstanden ist. Nach den erheblichen Verteilungsverlusten der Arbeitnehmer wäre das Bestreben, davon etwas zurückzugewinnen, verständlich. Ein solcher Versuch, im größeren Umfang die Verteilungsposition zu korrigieren, kann für die Arbeitnehmer jedoch nur erfolgreich sein, wenn entweder die gesamtwirtschaftliche Nachfrage so schwach ist, daß die Unternehmen die erhöhten Kosten nicht in den Preisen weitergeben können, oder die Unternehmen auf Preiserhöhungen verzichten. Den ersten Fall können die Gewerkschaften nicht wollen, und den zweiten können sie nicht erwarten. Allerdings ist das Prinzip der Stetigkeit, also der Anschluß an die Lohnabschlüsse im Vorjahr, auch diesmal kein schlechter Ratgeber. Zieht man alle die hier angestellten Überlegungen in Betracht, zeichnet sich ein Verteilungsspielraum zwischen 3 und 4 vH ab.

Sollten die Abschlüsse ohne größere „Rückverteilung“ zustandekommen, bestünde die Chance, daß auch in diesem Jahr die Preisstabilität gewährleistet bleibt. Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist dabei entscheidend, daß die Nominalzinsen sinken. Ein Realzins von etwa 5 %, der dann nicht einmaligen Ereignissen zuzuschreiben, sondern Ausdruck der Priorität aller Beteiligten für Preisstabilität wäre, muß als überhöht angesehen werden. Das Sinken der Nominalzinsen bedarf allerdings der Unterstützung durch die Bundesbank, und zwar auch dann, wenn sie damit ihr Geldmengenziel zeitweilig überschreitet. Im Vordergrund steht hier der Rückgang der langfristigen Zinsen. Diese sind nicht unabhängig von der Entwicklung der kurzfristigen Zinsen. Eine längerdauernde Trennung der Zinsentwicklung am langen und am kurzen Ende hat es nie gegeben. Über längere Zeiträume ist eine gegenläufige Bewegung der beiden zusammenhängenden Märkte nicht zu beobachten (Schaubild Seite 15). Die Bundesbank beeinflusst also sehr wohl über die Steuerung der kurzfristigen auch die langfristigen Zinssätze.

Die Finanzpolitik darf sich der Einsicht in eine veränderte gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht entziehen. Will sie nicht erneut zu spät reagieren, ist es nötig, alsbald die Weichen für einen expansiveren Kurs zu stellen. Hierfür hat die Finanzpolitik wieder genügend Handlungsspielraum. Einmal ist das Niveau der jährlichen Neuverschuldung erheblich reduziert worden, zum anderen ist der Nominalzins so weit gesunken, daß die Vorbelastung

künftiger Haushalte gering ausfällt. Auf keinen Fall wäre es im Jahr 1987 angemessen zu versuchen, die konjunkturbedingten Einnahmehausfälle durch Ausgabenkürzungen auszugleichen; damit würde eine prozyklische Linie eingeschlagen. Aber selbst ohne solche Fehlsteuerung passen die öffentlichen Haushalte nicht in das konjunkturelle Bild; notwendig sind vermehrte Impulse. Dafür bieten sich mehrere Möglichkeiten, auch in kombinierter Form, an:

- Nach wie vor unzureichend ist die öffentliche Investitionstätigkeit. Bei den freien Kapazitäten vor allem in der Bauwirtschaft ist nicht damit zu rechnen, daß Mehrnachfrage in Preiserhöhungen verpufft. Gut begründeter Neu- wie auch Ersatzbedarf sind in vielen Bereichen vorhanden.
- Möglichkeiten, der Wachstumsverlangsamung wirksam zu begegnen, liegen auch im steuerlichen Bereich. Es gibt keine nennenswerten institutionellen Schwierigkeiten, die zweite Stufe der Steuerentlastung bereits in diesem Jahr wirksam werden zu lassen. Es wäre dazu nur erforderlich, dies in der neuen Legislaturperiode des Bundestages mit Wirkung zum 1. Januar zu beschließen⁵.
- Wirksamer für 1987 noch wäre der Rückgriff auf das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“. Danach ist die Bundesregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnung — und mit Zustimmung des Bundesrates — die Einkommen- und Körperschaftsteuerschuld für ein Jahr um bis zu 10 vH herabzusetzen. Die für die Nachfrageentwicklung relevanten Verteilungseffekte wären hierbei sicher konjunkturgerechter als die zweite Stufe der Steuerentlastung. Bei voller Ausschöpfung dieses Rahmens würde ein Impuls von reichlich 20 Mrd. DM erreicht. Damit könnten Investitionstätigkeit und Konsumnachfrage in der vor uns liegenden kritischen Periode entscheidend gestärkt werden. Dem würde dann im Jahre 1988 die zweite Stufe der Steuerreform folgen, und damit wäre dafür gesorgt, daß der Impuls der einmaligen Steuersenkung nicht verpufft.

Allerdings muß dazu die Bereitschaft vorhanden sein, die Steuerausfälle über Kredite vorzufinanzieren, und die Geldpolitik muß für einen monetären Rahmen sorgen, bei dem die Zinsen nicht steigen.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß eine nachhaltige Stimulierung auch positive Rückwirkungen für die öffentlichen Haushalte besitzt („Selbstfinanzierungseffekt“). Dies gilt aber auch umgekehrt: Jede Abschwächung schmälert auch die öffentlichen Einnahmen und führt tendenziell zu höheren Defiziten.

⁵ Vgl. Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute im Herbst 1986. In: Wochenbericht des DIW, 43/86, S. 551.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1986 und 1987

	1985	1986	1987	1986		1987	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	0,7	1,0	0,6	1,0	1,0	0,8	0,4
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,6	-1,1	-1,3	-1,0	-1,2	-1,1	-1,3
Arbeitstage	-0,6	0,1	0,4	-0,2	0,4	0,0	0,7
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-0,5	0,0	-0,3	-0,2	0,1	-0,4	-0,3
Produktivität¹)	3,1	2,5	2,0	3,0	2,5	1,5	2,0
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980	2,6	2,5	1,5	2,7	2,5	1,5	1,5
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	1 041,8	1 079,5	1 124,5	519,3	560,0	541,0	583,5
Staatsverbrauch	365,7	383,0	399,0	176,0	207,0	183,5	215,5
Anlageinvestitionen	359,3	377,0	396,5	169,8	207,5	177,5	219,5
Ausrüstungen	153,9	164,5	173,0	74,5	90,0	76,5	97,0
Bauten	205,5	212,5	223,5	95,3	117,5	101,0	122,5
Vorratsveränderung	7,5	8,5	9,0	18,7	-10,0	14,5	-6,0
Außenbeitrag	72,7	104,0	78,0	47,9	56,5	46,0	32,0
Ausfuhr	647,3	633,5	630,0	316,6	317,0	311,0	319,5
Einfuhr	574,6	529,5	552,0	268,8	261,0	265,0	287,5
Bruttosozialprodukt	1 847,0	1 952,0	2 007,0	931,6	1 020,5	962,5	1 044,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	3,9	3,5	4,0	3,8	3,5	4,0	4,0
Staatsverbrauch	4,4	4,5	4,0	4,5	5,0	4,0	4,0
Anlageinvestitionen	1,3	5,0	5,0	5,2	5,0	4,5	5,5
Ausrüstungen	11,8	7,0	5,0	8,6	5,5	2,5	7,5
Bauten	-5,3	3,5	5,0	2,7	4,0	6,0	4,5
Ausfuhr	10,1	-2,0	-0,5	-0,6	-3,5	-2,0	0,5
Einfuhr	6,9	-8,0	4,0	-6,7	-9,0	-1,5	10,0
Bruttosozialprodukt	4,8	5,5	3,0	6,0	5,5	3,5	2,5
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1980 a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	866,9	902,5	930,0	432,8	469,5	449,0	481,5
Staatsverbrauch	315,5	323,0	329,0	155,9	167,0	159,0	170,0
Anlageinvestitionen	313,9	325,0	335,5	146,6	178,0	150,5	185,0
Ausrüstungen	130,5	138,5	143,5	62,8	75,5	63,5	80,0
Bauten	183,4	186,5	192,0	83,8	102,5	87,0	105,0
Vorratsveränderung	5,8	8,5	8,0	17,1	-8,5	14,0	-6,0
Außenbeitrag	78,7	59,5	39,5	31,6	28,0	22,0	17,5
Ausfuhr	545,6	543,5	542,5	269,6	273,5	268,5	274,0
Einfuhr	466,9	484,0	503,0	237,9	246,0	247,0	256,5
Bruttosozialprodukt	1 580,8	1 618,0	1 641,5	784,0	834,0	794,0	848,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	1,8	4,0	3,0	4,0	4,0	3,5	2,5
Staatsverbrauch	2,2	2,5	2,0	2,2	2,5	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	-0,3	3,5	3,5	3,8	3,0	2,5	3,5
Ausrüstungen	9,4	6,0	4,0	7,7	4,5	1,0	6,0
Bauten	-6,2	1,5	3,0	1,1	2,5	4,0	2,0
Ausfuhr	7,3	-0,5	0,0	0,3	-1,0	-0,5	0,0
Einfuhr	4,7	3,5	4,0	3,1	4,0	3,5	4,5
Bruttosozialprodukt	2,5	2,5	1,5	2,5	2,0	1,5	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1985	1986	1987	1986		1987	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	2,1	- 0,5	1,0	- 0,2	- 0,5	0,5	1,5
Staatsverbrauch	2,2	2,5	2,5	2,2	2,5	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	1,6	1,5	2,0	1,3	1,5	1,5	2,0
Ausrüstungen	2,3	1,0	1,5	0,9	1,0	1,5	1,5
Bauten	0,9	1,5	2,0	1,6	2,0	2,0	2,5
Ausfuhr	2,6	- 1,5	- 0,5	- 0,8	- 2,5	- 1,5	0,5
Einfuhr	2,1	- 11,0	0,0	- 9,6	- 12,5	- 5,0	5,5
Bruttosozialprodukt	2,2	3,5	1,5	3,4	3,0	2,0	0,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	989,4	1 040,5	1 082,5	487,0	553,5	510,5	572,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	796,7	837,5	871,5	392,2	445,5	411,0	460,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	534,8	564,0	581,0	266,9	297,0	276,5	304,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	433,9	474,0	469,5	231,7	242,5	230,0	239,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	363,7	402,0	399,0	196,8	205,5	196,0	202,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	358,5	367,5	382,0	177,6	190,0	182,0	199,5
Nichtentnommene Gewinne	5,2	34,5	17,0	19,2	15,5	14,0	3,0
Volkseinkommen	1 423,3	1 514,5	1 552,0	718,7	796,0	740,5	811,5
Abschreibungen	230,8	239,5	249,0	118,7	120,5	123,5	126,0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	192,9	198,5	205,5	94,2	104,0	98,5	107,0
Bruttosozialprodukt	1 847,0	1 952,0	2 007,0	931,6	1 020,5	962,5	1 044,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,8	5,0	4,0	4,9	5,5	5,0	3,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,7	5,0	4,0	4,9	5,5	5,0	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,3	5,5	3,0	5,2	5,5	3,5	2,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	2,9	4,0	3,5	3,8	4,0	4,0	3,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	1,5	4,5	2,5	4,1	4,5	2,5	2,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,8	9,5	- 1,0	12,1	6,5	- 0,5	- 1,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,6	10,5	- 1,0	13,4	8,0	- 0,5	- 1,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	8,1	2,5	4,0	4,1	1,0	2,5	5,0
Volkseinkommen	5,3	6,5	2,5	7,1	6,0	3,0	2,0
Abschreibungen	4,2	3,5	4,0	3,7	4,0	4,0	4,0
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	1,5	3,0	3,5	0,9	4,5	4,5	3,0
Bruttosozialprodukt	4,8	5,5	3,0	6,0	5,5	3,5	2,5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte a) Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	534,8	564,0	581,0	266,9	297,0	276,5	304,5
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	297,3	306,0	316,0	151,5	154,5	156,0	160,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	397,1	408,5	430,0	198,4	210,0	209,5	221,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	18,3	18,5	19,0	9,1	9,5	9,5	9,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁴⁾	34,8	36,0	36,5	17,0	19,0	17,0	19,5
Verfügbares Einkommen	1 176,1	1 224,0	1 272,0	590,7	633,5	615,5	656,0
Privater Verbrauch	1 041,8	1 079,5	1 124,5	519,3	560,0	541,0	583,5
Ersparnis	134,3	144,5	147,5	71,4	73,0	75,0	73,0
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	11,4	12,0	11,5	12,1	11,5	12,0	11,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1985	1986	1987	1986		1987	
	Jahre			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltssumme	2,3	5,5	3,0	5,2	5,5	3,5	2,5
Empfangene laufende Übertragungen ³	2,2	3,0	3,0	2,2	3,5	3,0	3,5
Entn. Gewinne und Vermögenseinkommen	7,3	3,0	5,0	3,2	2,5	5,5	5,0
Verfügbares Einkommen	3,9	4,0	4,0	3,9	4,0	4,0	3,5
Privater Verbrauch	3,9	3,5	4,0	3,8	3,5	4,0	4,0
Ersparnis	3,8	7,5	2,0	4,8	10,5	4,5	– 0,5
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁵⁾							
a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	459,5	475,5	495,0	222,0	253,5	232,5	262,5
Sozialbeiträge	320,3	336,5	348,5	158,6	178,0	165,0	183,5
Erwerbseinkünfte	35,0	34,5	29,5	20,7	14,0	15,5	13,5
Sonstige laufende Übertragungen	21,5	23,0	23,5	11,1	12,0	11,5	12,5
Empfangene Vermögensübertragungen	5,6	5,5	5,5	2,6	3,0	2,5	3,0
Einnahmen insgesamt	841,9	875,0	902,0	415,0	460,0	427,0	475,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	365,7	383,0	399,0	176,0	207,0	183,5	215,5
Zinsen	55,3	57,0	59,0	32,5	24,5	33,5	25,5
Laufende Übertragungen an	377,9	390,5	402,5	192,0	198,5	198,0	204,5
Private Haushalte	306,2	314,5	324,5	156,8	158,0	161,0	163,0
Unternehmen	40,9	42,5	43,5	18,9	23,5	19,5	24,0
Ausland	30,8	33,5	34,5	16,3	17,0	17,5	17,0
Geleistete Vermögensübertragungen	33,8	31,5	31,0	12,7	19,0	12,5	18,5
Nettoinvestitionen	29,0	31,5	34,0	12,1	19,5	13,0	21,0
Ausgaben insgesamt	861,7	894,0	925,0	425,3	468,5	440,5	484,5
Finanzierungssaldo	– 19,8	– 18,5	– 23,5	– 10,3	– 8,5	– 13,5	– 9,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	4,6	3,5	4,0	3,0	4,0	4,5	3,5
Sozialbeiträge	5,1	5,0	3,5	5,1	5,0	4,0	3,0
Erwerbseinkünfte	9,3	– 1,5	– 15,0	17,0	– 20,0	– 24,5	– 0,5
Sonstige laufende Übertragungen	2,2	7,0	3,0	11,5	3,0	2,0	4,0
Empfangene Vermögensübertragungen	– 3,6	2,0	– 3,5	7,4	– 2,5	– 6,0	– 1,5
Einnahmen insgesamt	4,9	4,0	3,0	4,6	3,5	3,0	3,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	4,4	4,5	4,0	4,5	5,0	4,0	4,0
Zinsen	4,9	3,5	3,5	7,6	– 2,0	3,0	3,5
Laufende Übertragungen an	2,1	3,5	3,0	2,4	4,5	3,0	3,0
Private Haushalte	2,4	3,0	3,0	2,2	3,5	3,0	3,5
Unternehmen	1,6	4,0	2,5	4,0	4,0	3,0	2,0
Ausland	– 0,5	8,5	3,5	2,5	14,5	6,5	0,5
Geleistete Vermögensübertragungen	– 1,1	– 6,0	– 2,0	– 9,3	– 4,0	– 2,0	– 2,0
Nettoinvestitionen	– 0,4	9,0	7,5	10,9	7,5	9,0	7,0
Ausgaben insgesamt	3,0	3,5	3,5	3,5	4,0	3,5	3,5

1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 3) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge), Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — 4) Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 5) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quellen: 1985 und erstes Halbjahr 1986 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1986) und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität; zweites Halbjahr 1986 Schätzungen des DIW; 1987 Prognose des DIW. Mit Ausnahme der Daten für das Arbeitsvolumen wurden alle prognostizierten absoluten Werte und Veränderungsraten auf 0,0 bzw. 0,5 gerundet.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr.123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr.124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Ableiteungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner,
Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Ableiteungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1987. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.